



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 05.07.1995
KOM(95) 279 endg.

MITTEILUNG DER KOMMISSION

**DIE LANGFRISTIGE POLITIK
DER EUROPÄISCHEN UNION GEGENÜBER CHINA**

INHALTSVERZEICHNIS

**A. EINLEITUNG
EUROPA BRAUCHT EINE LANGFRISTIGE CHINA-POLITIK**

- A.1 Der Aufstieg Chinas - ein folgenreiches globales und regionales Ereignis
- A.2 Chinas Bedeutung für Europa

**B. POLITISCHE BEZIEHUNGEN:
DIE EINBEZIEHUNG CHINAS IN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT**

- B.1 Ein konstruktives Engagement
- B.2 Menschenrechte
- B.3 Hongkong und Macau
- B.4 Vorschläge

**C. WIRTSCHAFTS- UND HANDELSBEZIEHUNGEN:
DER AUFSTIEG EINER NEUEN WIRTSCHAFTSMACHT**

- C.1 Wirtschaftswunder in China
- C.2 Ein beispielloses Wirtschaftssystem
- C.3 Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation
- C.4 Bilaterale Handelsgespräche
- C.5 Vorschläge

D. ZUSAMMENARBEIT: DIE NEUEN PRIORITÄTEN

- D.1 Kooperationsstrategie
- D.2 Vorschläge

E. KOORDINIERUNG UND INFORMATION

- E.1 Politikkonzept für China im Umbruch
- E.2 Vorschläge

F. SCHLUSSFOLGERUNGEN

ANHÄNGE

- ANHANG 1 DIE CHINESISCHE WIRTSCHAFTSREFORM
- ANHANG 2 EU-CHINA: HANDEL UND INVESTITIONEN
- ANHANG 3 EU-CHINA: THEMEN DES BILATERALEN HANDELS
- ANHANG 4 AKTIVITÄTEN DER ZUSAMMENARBEIT

A. EINLEITUNG EUROPA BRAUCHT EINE LANGFRISTIGE CHINA-POLITIK

Diese Mitteilung stellt den Versuch dar, den Weg für die langfristigen Beziehungen der EU zu China bis ins 21. Jahrhundert zu markieren.

Der Aufstieg Chinas sucht seinesgleichen in der Geschichte der Nationen seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Japan hat sich einen Platz als Wirtschaftsmacht gesichert, und die Sowjetunion hat lange Zeit im wesentlichen als Militärmacht überlebt. Chinas aufsteigende Macht liegt sowohl im militärisch-politischen als auch im ökonomischen Bereich. In bezug auf die innere Situation steht China inmitten eines umfassenden atemberaubenden wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs. In bezug auf die äußere Situation wächst China in einer Zeit in das Weltsicherheits- und Weltwirtschaftssystem hinein, in der die wirtschaftliche Interdependenz zunimmt und in der globale Probleme, die vom Umweltschutz bis zur nuklearen Nichtverbreitung reichen, ein koordiniertes Engagement der Regierungen der ganzen Welt erfordern. China ist dabei, Anschluß an internationale Einrichtungen zu suchen, es ist seit den frühen achtziger Jahren Mitglied des IWF und der Weltbank, nimmt an internationalen Gremien wie der APEC teil und verhandelt intensiv über die Aufnahme in die Welthandelsorganisation. China trug erheblich zu den Ergebnissen der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte im Juni 1993 bei und ist dieses Jahr zudem Gastgeber der UN-Frauenkonferenz in Beijing.

Zwanzig Jahre sind es her, seit die EG und China diplomatische Beziehungen aufnahmen, und zehn Jahre sind vergangen, seit das derzeitige Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet wurde. Die stetige Aufwärtsentwicklung der bilateralen Beziehungen wurde 1989 durch die Vorkommnisse auf dem Tiän'an men-Platz unterbrochen. Europa reagierte darauf wie andere wichtige internationale Partner Chinas mit einer Reihe von Sanktionen. Doch die Normalisierung der Beziehungen vor allem in den letzten drei Jahren hat den Weg für einen erneuten Aufschwung des bilateralen Handels und der Investitionen geebnet. 1994 kam es zu größeren Fortschritten in der bilateralen Kooperation, und es wurde eine neue Vereinbarung für den politischen Dialog getroffen.

Die Zeit ist reif, im Geiste der vom Europäischen Rat in Essen verabschiedeten neuen Asien-Strategie eine Neudefinition der Beziehungen der EU zu China vorzunehmen. Europa muß langfristige Beziehungen zu China entwickeln, die dem Einfluß gerecht werden, den China weltweit und regional auf Wirtschaft und Politik ausübt. Die Beziehungen Europas zu China werden sich unweigerlich zu einem Angelpunkt der Außenbeziehungen der EU zu Asien und zur Welt ganz allgemein entwickeln. Zur Festigung dieser Beziehung braucht Europa eine handlungsorientierte Politik, die sich nicht in Rhetorik erschöpft.

A.1 DER AUFSTIEG CHINAS - EIN FOLGENREICHES GLOBALES UND REGIONALES EREIGNIS

Der Aufstieg Chinas stellt das internationale System vor gewaltige Chancen und Herausforderungen. Die Frage ist nun, wie China entsprechend seiner rasch zunehmenden Macht an den Pflichten und Chancen beteiligt werden kann. Ein politisch stabiles China wird aufgrund der politischen Bedeutung des Landes zu einem zentralen Anliegen seiner Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft ganz allgemein. Wir sind überzeugt, daß dieser Stabilität mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen auf der Grundlage international anerkannter Normen am besten gedient ist.

Die bloße Größe Chinas nach Landmasse und Bevölkerung macht es unmöglich, zentrale globale Themen der 90er Jahre zu behandeln, ohne eigens auf den Einfluß einzugehen, den China auf deren Entwicklung und deren Bewältigung nimmt. China ist nicht nur Atommacht und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, sondern auch einer der größten Waffenproduzenten und -exporteure der Welt. China hat im gesamten Spektrum der Sicherheitsfragen eine, für die globale und auch regionale Sicherheit zentrale, Position inne.

Die Mehrheit der Beobachter, einschließlich IWF und Weltbank, sind zu der Überzeugung gelangt, daß die chinesische Wirtschaft - geht man von einem Vergleich der Kaufkraft aus - der Größe nach ungefähr der japanischen entspricht und nur von der Wirtschaft der USA überflügelt wird. Auf einer Extrapolation von Wachstumsraten der letzten Zeit beruhen Prognosen, denen zufolge China im Verlauf von nur einer Generation zur größten Wirtschaftsmacht der Welt aufrücken wird. Schätzungen dieser Art zeichnen sich zwar durch riesige Fehlerspannen aus, doch ist es eine unumstößliche Tatsache, daß die chinesische Wirtschaft nach 15 Reformjahren bereits zu einer der größten Wirtschaften der Welt geworden ist.

Aufgrund seiner Dimensionen wirkt sich China auch in einmaliger Weise auf die natürliche Umwelt aus. Trotz der Ein-Kind-Politik nimmt die Bevölkerung Chinas jedes Jahr um 15 bis 20 Millionen Menschen zu. Außerdem hat China bereits jetzt den weltweit zweitgrößten Energieverbrauch nach den USA. Vor den Umweltfolgen, die sich ergeben werden, wenn dieses riesige Land einmal das westliche Konsum- und Umweltverschmutzungsniveau erreicht haben wird, kann man unmöglich die Augen verschließen. Deshalb ist es von so großer Bedeutung, daß China an dem umfassenden politischen Austausch über existenzielle Themen wie Umwelt, Bevölkerung und Gesundheit als vollwertiger Partner teilnimmt.

Welche Beschäftigungsmöglichkeiten sich auch immer langfristig aus dem stetigen Wachstum von Chinas Wirtschaft für die Bevölkerung ergeben werden, so wird die bedeutende Zahl auswanderungswilliger Chinesen zweifellos zu einem kurz- bis mittelfristigen Problem führen. Durch die begrenzten Möglichkeiten einer legalen Einwanderung in westliche Staaten, gewinnt das Problem der Schieberorganisationen illegaler Einwanderer zunehmend an Bedeutung. Davon ist nicht nur Nordamerika betroffen, sondern es haben sich haben mittlerweile auch Routen durch Lateinamerika und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Europa ausgebildet. Es wird notwendig sein, dieses sehr reale Problem in enger Zusammenarbeit mit China zu lösen.

Chinas gewaltige Größe spiegelt sich auch in der Vielfalt der Akteure wider (Behörden der Zentralregierung in Beijing und andernorts, Provinz- und Kommunalbehörden und die an Bedeutung zunehmenden Wirtschaftsteilnehmer), die die Politik und Handlungsweise des Landes maßgeblich beeinflussen. So sind beispielsweise chinesische Provinzen in vieler Hinsicht für die Exporte der EU jeweils eigenständige Märkte. Darüber hinaus verlagert sich im Zuge der rasch um sich greifenden Dezentralisierung der wirtschaftlichen Macht die Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Handelspolitik und deren Umsetzung auf die Ebene der Provinzen. Es ist deshalb um so wichtiger, daß sich China z.B. im Rahmen der WTO-Verhandlungen fest dazu verpflichtet, die Einhaltung internationaler Verpflichtungen auch auf subnationaler Ebene zu gewährleisten. Überaus wichtig ist zudem, daß wir in unsere bilateralen Gespräche über Handel und Zusammenarbeit auch die Provinzen und Lokalbehörden einbeziehen, die de iure oder de facto in vielen Bereichen über die Wirtschafts- und Handelspolitik entscheiden.

A.2 CHINAS BEDEUTUNG FÜR EUROPA

Für eine Aktualisierung der Politik der EU gegenüber China und eine bessere Koordinierung der Beziehungen EU-China müssen die auf dem Spiel stehenden europäischen Interessen klar herausgearbeitet werden.

- Gemeinsame globale und regionale Sicherheitsinteressen, für die eine kooperative und verantwortungsvolle Politik Chinas in allen Fragen von Vorteil sein wird; dazu gehört der Beitritt zu sämtlichen die Verbreitung von Kern- und anderen Waffen regelnden Verträgen, eine internationale Initiative zur Begrenzung der Waffenverkäufe sowie Anreize zu innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen im Interesse der Bevölkerung (gegenwärtig leben 20 % der Menschheit in China). Die ganze Welt - China eingeschlossen - hat ein Interesse daran, daß China im Umgang mit der internationalen Gemeinschaft ein kooperatives und verantwortungsvolles Verhalten an den Tag legt, indem es beispielsweise die UN-Menschenrechtskonvention und den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, Mitglied bei der WTO wird oder die, auf dem Rio-Gipfel verabschiedete Umweltagenda als Kernstück in die Regierungspolitik integriert und deren aktive Umsetzung betreibt.
- Gemeinsame Interessen im Bereich anderer globaler Themen: China muß in den Dialog und in die Zusammenarbeit zur Bewältigung folgender Themen einbezogen werden: Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung, Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, die Informationsgesellschaft, Bevölkerungswachstum, Verringerung der Armut, Erhaltung der Wälder, illegale Einwanderung, Bekämpfung und Ausrottung von Seuchen, Aids, Drogenmißbrauch und Kriminalität.
- Globale wirtschaftliche Stabilität: Durch Chinas Größe und seinen Einfluß auf den Welthandel gewinnt die Wirtschaftspolitik des Landes globale Bedeutung. Die Welt und auch China haben ein Interesse daran, daß die chinesische Wirtschaft weiter wächst, sich weiter öffnet und China seine Stellung als einer der größten Akteure in dem weltweiten System von wirtschaftlichen Regeln und Politiken einnehmen kann. Es ist darüberhinaus von wesentlicher Wichtigkeit, China zu einer uneingeschränkten Teilnahme an dem auf der Welthandelsorganisation basierenden Regelsystem zu verhelfen.
- Wettbewerbsfähigkeit: Die Gewährleistung einer globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erfordert unsere Präsenz in allen dynamischen Märkten der Welt. China steht gegenwärtig als Markt und Lieferant der Union an vierter Stelle. China könnte für zahlreiche Hochtechnologie-sektoren, von der Telekommunikation über Luftfahrzeuge und Computer bis zur Energie, zum größten Markt der Welt avancieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die EU in China dort eine aktive Rolle spielt, wo die USA und Japan bereits einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf führen.

Angesichts dieser breit gefächerten Interessen und der Schlüsselrolle Chinas, muß Europa sich als übergreifendes und allgemeines Ziel für eine möglichst umfassende Mitwirkung Chinas am Weltgeschehen einsetzen, gleichviel, ob es sich um Angelegenheiten der Sicherheit, der Politik, der Umwelt, von sozialen Fragestellungen oder um Angelegenheiten der Wirtschaft handelt. Wir müssen für mehr Verständnis der Europäer und Chinesen für einander sorgen und uns in China stärker profilieren.

Zusätzlich darf auch der Einfluß Chinas interner Entwicklung auf seine Außenpolitik nicht ignoriert werden. Es ist daher auch im Interesse der EU, den Aufbau von Institutionen und einer Zivilgesellschaft nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu unterstützen.

B. POLITISCHE BEZIEHUNGEN: DIE EINBEZIEHUNG CHINAS IN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

B.1 EIN KONSTRUKTIVES ENGAGEMENT

Die in den letzten Jahren von China verfolgte Politik der allmählichen Öffnung wurde in dem Wunsch Chinas augenfällig, internationalen Organisationen beizutreten bzw. in ihren Verband zurückzukehren und die Beziehungen zu wichtigen Partnern wie den USA und Japan zu intensivieren. Heute hat China den Wunsch, voll am Weltgeschehen teilzunehmen und den ihm als einem großen Land gebührenden Platz einzunehmen.

Der Europäischen Union ist es sehr darum zu tun, daß China, das jetzt Ideen von außen und der Zusammenarbeit immer aufgeschlossener gegenübersteht, als Mitglied der internationalen Gemeinschaft in der so wichtigen Region Asien und in der Welt seinen Teil der Chancen und Pflichten wahrnimmt. Wir setzen uns für eine Mitarbeit Chinas in der internationalen Gemeinschaft ohne wenn und aber ein. Wie die Kommission im vergangenen Jahr in einer Überprüfung der europäischen Politik gegenüber dieser Region feststellte, liegt ein innerlich gefestigtes und in Frieden lebendes Asien in unserem Interesse. Dabei wird von entscheidendem Einfluß sein, für welchen Umgang mit seinem wirtschaftlichen und militärischen Gewicht sich China entscheidet.

Ohne uns übertriebenen Vorstellungen von der Rolle hinzugeben, die die Europäische Union dabei spielen kann, müssen wir dennoch die Chance nutzen, die die Mitarbeit in regionalen Gremien und der bilaterale Dialog bieten, um darauf hinzuwirken, daß China in der Region eine verantwortungsvolle und konstruktive Rolle übernimmt - dieses sollten dabei auch die Frage der Kernwaffenpräsenz auf der koreanischen Halbinsel, den Gebietsstreit um die Spratly-Inseln und anderorts, mit einbeziehen. Die EU hat im März 1995 erneut daran erinnert, daß nach ihrer Auffassung Probleme dieser Art, sei es im Südchinesischen Meer oder anderswo, friedlich und auf dem Verhandlungswege beigelegt werden müssen.

Es ist im europäischen Interesse, und dem der internationalen Gemeinschaft insgesamt, China in einen politischen Dialog über Abrüstung und Rüstungskontrolle einzubinden. Fragen der Nichtweitergabe von Atomwaffen, der Kontrollmechanismen für Raketentechnologie, der Nichtweitergabe von chemischen und biologischen Waffen, des Verkaufs konventioneller Waffen und der Kontrolle des Handels mit Gütern, die sich sowohl zur zivilen als auch zur militärischen Verwendung eignen ("dual-use" Güter) sollten in einem solchen Dialog einbezogen werden.

Im Juni 1994 wurde ein neuer ehrgeiziger Rahmen für den bilateralen politischen Dialog entwickelt, um die im Interesse beider Seiten liegende Mitwirkung Chinas in globalen Angelegenheiten zu fördern. Die regelmäßigen Treffen der EU Troika und China auf Ministerebene, sowie die hochrangigen politischen Gespräche zwischen Kommission und China werden fortgesetzt. Künftig werden sie ergänzt durch Ad-hoc-Treffen der Außenminister und jährlich zweimal stattfindende Begegnungen: die eine zwischen dem chinesischen Außenminister und den EU-Botschaftern in Beijing und die andere zwischen dem jeweils den Ratsvorsitz führenden EU-Außenminister und dem chinesischen Botschafter in der Hauptstadt des Mitgliedstaats des turnusmäßigen Ratsvorsitzes. Außerdem wird es Begegnungen hoher Beamter aus verschiedenen politischen Zuständigkeitsbereichen geben. Dieser Dialog soll sich mit der Zeit auf sämtliche Themen von beiderseitigem Interesse und globaler Tragweite erstrecken. Nachdem nun auch die Kontaktsperre für Militärangehörige aufgehoben wurde,

erscheint es als angezeigt, die Volksbefreiungsarmee in Anbetracht ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses im Lande in die Reihe der potentiellen Dialogpartner aufzunehmen.

Diese neuen Vereinbarungen haben bereits einen intensiven Gedankenaustausch nicht nur über interne Entwicklungen ermöglicht, sondern auch über globale und regionale Sicherheitsinteressen und Menschenrechte. Ein jedes dieser Themen läßt sich in diesem Rahmen eingehend erörtern, ohne daß dabei die Souveränität der Vertragsparteien in irgendeiner Weise berührt würde. China und die EU können jetzt miteinander über ihre gemeinsamen Interessen reden und finden dabei ein Terrain der Verständigung in der vollen Bandbreite politischer und sicherheitspolitischer Angelegenheiten.

Zusammenarbeit sollte auch bezüglich der migrationsbedingten Probleme, als Folge einer offeneren Wirtschaft Chinas, aufgebaut werden: in dieser Hinsicht sollten die EU und China bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung zusammenarbeiten und dabei auf existierende Praxis und Prinzipien zurückgreifen.

Die EU begrüßt Gelegenheiten zur Weiterentwicklung eines solchen Dialogs in einem regionalen Kontext. Kontakte zum Regionalforum der ASEAN-Gruppe sind bereits zu einer festen Einrichtung geworden, und die Europa-Asien-Begegnung im nächsten Frühjahr bietet die beste Gelegenheit für ein Gespräch EU-China über gemeinsame Interessen in der Region.

B.2 MENSCHENRECHTE

Das Engagement für Menschenrechte und Grundfreiheiten steht im Mittelpunkt der EU-Politik weltweit. Die EU reagiert auf Menschenrechtsverletzungen nicht nur mit Besorgnis, weil sie ein Unrecht darstellen, sondern auch deshalb, weil sie davon überzeugt ist, daß die Einhaltung des internationalen Menschenrechtsstandards und die Akzeptanz politischer Liberalisierung entscheidende Voraussetzungen für eine langfristige soziale und politische Stabilität sind. Das einzig Entscheidende an den Menschenrechtsinitiativen ist, daß sie wirkungsvoll sein müssen, sie dürfen die gewünschte Wirkung beim Adressaten nicht verfehlen. Begnügt man sich mit häufigen lautstarken Appellen, besteht die Gefahr, daß der Sinn solcher Aktionen mit der Zeit verlorengeht oder daß sich die chinesische Regierung zu unberechenbaren Reaktionen veranlaßt sieht. Um in der Sache voranzukommen, müßten alle EU-Institutionen dazu übergehen, für die Menschenrechte in zeitlich sorgfältig geplanten öffentlichen Verlautbarungen, in formellen privaten Gesprächen und in der Praxis der Zusammenarbeit einzutreten.

Die EU beabsichtigt, für die Sache der Menschenrechte Tätigkeiten auf drei Ebenen durchzuführen. Erstens: Sie wird eventuelle Bestrebungen in China unterstützen, die auf eine Öffnung und Liberalisierung aller Lebensbereiche, Gesellschaft und Wirtschaft eingeschlossen, ausgerichtet sind. Das wird unweigerlich die Entwicklung einer auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit stehenden Zivilgesellschaft beschleunigen. Zweitens: Sie wird im bilateralen Dialog mit China systematisch und immer wieder die Sache der Menschenrechte zur Sprache bringen. Drittens: Sie wird die internationale Gemeinschaft über multilaterale Gremien wie die UNO in den Dialog einbeziehen. Durch die Annahme der Erklärung und des Aktionsprogramms der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte vom Juni 1993¹ ist der Rahmen für diese Aktivitäten klar abgesteckt.

Es gibt bereits Anzeichen dafür, daß mit den zunehmenden Möglichkeiten der Außenwelt, Einblick in alle Bereiche des chinesischen Lebens zu nehmen, ein wenn auch nur sehr allmählicher, dafür aber tiefgreifender sozialer Wandel einsetzt, der mit zunehmendem Wissen

¹ Vgl. die einschlägige Resolution der UN-Generalversammlung.

voneinander auch zu mehr Verständnis füreinander führt. Die EU-Politik baut auf der wohlbegründeten Annahme auf, daß eine Gesellschaft mehr Verständnis für Menschenrechte hat und sie besser schützt, die für Handel, Investitionen, Menschen und Ideen offen ist. Wo immer China sich der Außenwelt gegenüber öffnet, wird die EU dies voll unterstützen. Aus diesem Grund wird sie auch künftig die aktive wirtschaftliche und politische Mitarbeit Chinas in der internationalen Gemeinschaft fördern und Chinas wachsende Dialogbereitschaft honorieren. In diesem Sinne ist ebenfalls von Bedeutung, daß die EU ihr Instrument des Kooperationsprogramms einsetzt, um China zu einer weiteren Öffnung seiner Gesellschaft und seiner Wirtschaft zu bewegen.

Die Weltfrauenkonferenz im September 1995 in Beijing hat, durch die Funktion als gastgebende Nation bedingt, die Aufmerksamkeit auf China gelenkt. Die chinesische Politik in diesem Bereich wird dadurch zwangsläufig eine besondere Beachtung erfahren. Die EU hofft auf einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz und begrüßt die Gelegenheit zur Unterstützung Chinas, auf den Ergebnissen der Konferenz aufzubauen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Fortführung der Ergebnisse der Weltkonferenz für Soziale Entwicklung in Kopenhagen im März 1995 erwähnt werden. Solche Bemühungen um eine Internationalisierung Chinas stehen in vollem Einklang mit einer festen Haltung in der Menschenrechtsfrage. Sie gehören sogar dazu und sind eins der entscheidenden Instrumente einer langfristigen Strategie der Einbildung Chinas in die internationale Gemeinschaft.

Alle EU-Institutionen haben beharrlich gezeigt, daß sie gewillt sind, China gegenüber in der Menschenrechtsfrage eine klare Sprache zu sprechen. Im Februar 1995 brachte die EU in der UN-Menschenrechtskommission einen Resolutionsantrag ein, in dem sie die Menschenrechtsverletzungen aufzählte und bedauerte, daß diese in China nach wie vor zum Alltag gehören. In dem Resolutionsantrag fanden allerdings auch die Maßnahmen Chinas zur Eindämmung der Armut und zur Rechtsreform Anerkennung. Doch die Berichte über Menschenrechtsverletzungen in allen Bereichen, über schwerwiegende Einschränkungen des Versammlungsrechts, des Koalitionsrechts, der freien Meinungsäußerung und Religionsausübung sowie über Unregelmäßigkeiten in Gerichtsverfahren reißen nicht ab. In China sind die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit noch nicht voll garantiert. Opponenten aus der Demokratiebewegung werden immer wieder inhaftiert. Darüberhinaus bleibt die Achtung der kulturellen, ethnischen, sprachlichen und religiösen Identität der über 50 Minderheiten in China, vor allem in Tibet aber auch anderorts, vollkommen unzureichend.

Der hohe Stellenwert der Menschenrechte ist von jeher eine Konstante in der China-Politik der EU. Unmittelbar nach den Vorkommnissen auf dem Tiän'an men-Platz im Juni 1989 verfügte die EU eine Reihe von Sanktionen, die erst nach und nach gelockert wurden (das Verbot für Waffenverkäufe gilt weiter). Das Europäische Parlament hat eine Reihe von Entschlüssen zu China verabschiedet, und Minister der Mitgliedstaaten ebenso wie die EG-Kommissare bringen bei jeder Begegnung mit ihren chinesischen Gesprächspartnern die Menschenrechte zur Sprache. Um die Wirkung öffentlicher Verlautbarungen zu erhöhen, folgen diesen private Detaildiskussionen.

Die EU muß zu jeder Gelegenheit den detaillierten Dialog über alle Aspekte der Wahrung der Menschenrechte fortsetzen. Die neuen, systematischer organisierten Vorkehrungen für einen politischen Dialog erlauben einen regelmäßigen Gedankenaustausch und die Vertiefung des Verständnisses für Fragen der Menschenrechte. Vorbedingung für den Erfolg dieser Politik ist die Konvertierung der Menschenrechtsdebatte auf internationaler Ebene. Die EU legt besonderen Wert auf die Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch die UN-Menschenrechtskommission. Die starke internationale Unterstützung, die die Resolution vom Februar 1995 gefunden hat, in der Kritik an der Situation in China geübt wurde, läßt die Vermutung zu, daß dieses Vorgehen Aussicht auf Erfolg hat. Darüberhinaus wurde auf chinesische Anregung hin vor kurzem ein Dialog eingerichtet, der sich speziell

Menschenrechtsfragen widmen wird. Dieser Dialog beruht auf zweimal jährlich stattfindenden Begegnungen zwischen der EU-Troika und der chinesischen Regierung. Dieses dürfte nicht nur zu einer Verbesserung des Informationsflusses beitragen, sondern auch Detaildiskussionen ermöglichen, an deren Ende konkrete Aktionen stehen.

Praktische Taten sind unerlässlich wenn dieser Regierungsdiallog wirkungsvoll werden soll. Die EU kann sich für praktische Zusammenarbeit, wie etwa Schulungsmaßnahmen und technische Hilfe, in Rechts- und Justizangelegenheiten einsetzen und auf diese Weise China beim Aufbau einer Zivilgesellschaft nach rechtsstaatlichen Grundsätzen helfen. Bislang hat die EU die Zusammenarbeit mit Einzelpersonen im Rechts- und Justizbereich nur in geringem Maßstab unterstützt. Künftig sollte sich die EU mit den Mitgliedstaaten und den zahlreichen europäischen NRO bei der Unterstützung zur Entwicklung rechtsstaatlicher Standards in China koordinieren.

B.3 HONGKONG UND MACAU

Die historischen Bindungen Europas zu Hongkong und Macau bringen es zwangsläufig mit sich, daß die EU die Organisation der Rückkehr beider Territorien unter chinesische Oberhoheit mit großem Interesse verfolgt.

Der Rat hat die in den zwei von China mit dem Vereinigten Königreich bzw. mit Portugal unterzeichneten Gemeinsamen Erklärungen verankerten Grundsätze angenommen. Die in den Erklärungen verbrieften weitgehenden Autonomierechte der zwei besonderen Verwaltungseinheiten sind für das Wohlergehen derselben von großer Bedeutung; Beijing erkennt sie seinerseits als im Interesse Chinas liegend an. Die Gemeinsamen Erklärungen erkennen die besonderen, auch in Zukunft zu respektierenden Merkmale von Hongkong und Macau an. Beide Territorien verfügen bereits über eine eigenverantwortliche Wirtschafts- und Handelspolitik. Die Beziehungen der EU zu Hongkong und zu Macau werden in den Jahren bis zur Übernahme durch China und danach im Zeichen der Kontinuität stehen.

Kontinuität in den engen Beziehungen zur EU ist für Hongkong und Macau, aber auch für Europa von überragender Bedeutung. Hongkong steht unter den Handelspartnern der EU an erster Stelle. Der bilaterale Handel von fünf EU-Mitgliedstaaten mit Hongkong übersteigt ein Volumen von 2 Mrd. ECU. Mit Niederlassungen von 40 Banken und 45 Versicherungsgesellschaften aus der EU ist Hongkong als wichtiger Investmentstandort für die gesamte EU ausgewiesen. Rund 40.000 EU-Bürger haben einen ständigen Wohnsitz in Hongkong.

1993 hat die EU in Hongkong ihr Büro für die Beziehungen mit Hongkong und Macau eröffnet und China hat einer Fortsetzung der Arbeit des Büros als unabhängige Einheit auch nach der Wiederherstellung der Souveränität Chinas über Hongkong und Macau zugestimmt. Das Handels- und Kooperationsabkommen mit Macau von 1992 wird ebenso unverändert weiter funktionieren. Mit Hongkong und Macau als autonomen Teilnehmern an der WTO wird sich auch dort an den Beziehungen nichts ändern. Es ist bereits eine Zusammenarbeit in den Bereichen Zoll, Normen, Hochschulen und Geschäftsbeziehungen im Aufbau. Die EU wird sich ferner bemühen, in den kommenden Jahren die besonderen Chancen zu nutzen, die sich aus engeren Beziehungen ergeben:

- Beiden Territorien kommt eine Schlüsselfunktion als Tor zu verschiedenen Regionen Chinas zu, sie könnten hervorragend als Vermittler einer verstärkten Handels- und Investmenttätigkeit auftreten.

- Hongkong und Macau blicken auf eine lange Tradition des Freihandels und des Internationalismus zurück und sind darin wichtige Modelle für China und Ostasien insgesamt; daraus läßt sich auch eine besondere Rolle der Territorien als Partner der EU im neuen WTO-Dialog ableiten, der sich in den nächsten Jahren entwickeln wird.

B.4 VORSCHLÄGE

Die EU und China sind beide Hauptakteure Weltpolitik, die einen bi-lateralen Dialog unterhalten sollten. Die EU sollte dabei u.a. folgende Ziele vor Augen haben:

- Einsatz für einen Dialog über Fragen der regionalen und globalen Sicherheit, der eine volle Einbildung Chinas in die internationale Gemeinschaft durch den Beitritt zu den wichtigsten internationalen Instrumentarien bezüglich der Nichtweitergabe von Atomwaffen und der Rüstungskontrolle unterstützt;
- praktische Unterstützung von Bestrebungen im Sinne einer Reformierung des öffentlichen Lebens in China und des Aufbaus einer rechtsstaatlich verfaßten Zivilgesellschaft;
- Entwicklung eines Programms für gezielte und koordinierte Zusammenarbeit in den Bereichen Recht und Justiz;
- Unterstützung der Grundsätze der Gemeinsamen Erklärungen zur Regelung der Übertragung der Souveränität über Hongkong und Macau auf China.

C. WIRTSCHAFTS- UND HANDELSBEZIEHUNGEN: DER AUFSTIEG EINER NEUEN WIRTSCHAFTSMACHT

Die von Deng Xiaoping vor 16 Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen haben Chinas Wirtschaft und Sozialgefüge in atemberaubender Weise verändert. Obwohl der Reformprozeß auf Wachstum angelegt war, hat er sämtliche anfänglichen Erwartungen übertroffen. Es ist im Interesse Europas, daß dieser Prozess als unumkehrbar anerkannt wird.

Wenn man in Beijing auch noch unterschiedliche Meinungen zum Tempo der Reformen und zu spezifischen Maßnahmen registrieren kann, so ist sich die chinesische Führung jedoch weitgehend darüber einig, daß die Reformen vertieft und ausgeweitet werden müssen, wenn man bis zur Jahrtausendwende das in der chinesischen Verfassung verankerte Ziel einer "sozialistischen Marktwirtschaft" verwirklichen (vgl. Anhang 1) will.

Dieser Prozeß hat seit 1992 an Tempo zugelegt und erfaßt nun Bereiche wie Banken und Steuerwesen, den Immobilienmarkt und Infrastruktur. Neue Sektoren und neue Regionen wurden für private und auch ausländische Initiativen geöffnet. Doch bis zur echten Marktwirtschaft mit ausreichendem Schutz sozialer Rechte, einschließlich der Freiheit zur Gründung von Arbeitnehmerverbänden, muß China noch einen weiten Weg zurücklegen. Die großen Herausforderungen der Zukunft sind die Reform der Staatsbetriebe und - um die Folgen abfangen zu können - der Aufbau eines sozialen Netzes. Ein wesentliches Element in diesem Prozeß ist die Schaffung tragfähiger rechtlicher Rahmenbedingungen und angemessener Durchsetzungsmechanismen.

C.1 WIRTSCHAFTSWUNDER IN CHINA

Die Reformen haben die Struktur der chinesischen Wirtschaft bis zur Unkenntlichkeit verändert. Gemeinschaftlich, privat und von Ausländern finanzierte Gesellschaften produzieren und verkaufen weit mehr als die Hälfte aller gewerblichen Waren Chinas. Vor nur zehn Jahren unterlagen über 80 % der gewerblichen Produktion der zentralen Planung, heute sind es nicht mehr als 15 %. Dasselbe gilt für die staatliche Preiskontrolle, die inzwischen weniger als 10 % des Einzelhandelsabsatzes trifft. Der Anteil der Staatsbetriebe an der Gesamtproduktion ist von 77 % auf 44 % geschrumpft, ihr Anteil am Einzelhandelsgeschäft sackte sogar noch tiefer ab. Wenn gegenüber diesen Zahlen auch Vorsicht geboten ist, da in China die Produktionsfaktormärkte nach wie vor stärker der Kontrolle unterliegen als die Warenmärkte, so bezeugen sie doch einen stetigen Trend in Richtung Wirtschaftsliberalisierung.

Chinas gesamtwirtschaftliche Leistung seit Einleitung der Reform verdient kein geringeres Prädikat als "hervorragend". Die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts, die in den 80er Jahren noch bei 9 % gelegen hatten, erreichten in den letzten drei Jahren 12 bis 13 %, die Produktion der gewerblichen Wirtschaft und die Investitionen legen bereits seit mehreren Jahren in Folge jeweils 20 % zu. Von 1979 bis 1994 steigerte sich Chinas gesamter Handel von 20 Mrd. USD auf 237 Mrd. USD und wuchs somit doppelt so schnell wie die Produktion. Trotz einiger Fluktuationen macht Chinas Handelsbilanz einen gesunden Eindruck, und das Devisenpolster ist dick genug für eine Bereinigung der beträchtlichen Auslandsschulden.

Eine sich beschleunigende Inflation verdüstert den sonst so rosigen Gesamteindruck. Dies ist eine strukturbedingte Entwicklung, deren Gründe in der angespannten Währungs- und Steuerpolitik zu suchen sind. Es existieren weitere erhebliche strukturelle Ungleichgewichte, die die künftige Entwicklung unterminieren könnten. Das traditionelle Gefälle zwischen der Küste und dem Binnenland wächst rasch, löst Massenwanderungsbewegungen aus und hat Infrastrukturengpässe und eine zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt zur Folge. Der unausweichliche Transfer der Produktion vom staatlichen Sektor auf den Privatsektor und der Abwärtstrend in der Landwirtschaft könnten zu Massenarbeitslosigkeit führen.

Die EU hat viel zu bieten, um China in dieser schwierigen Umbruchsphase zu helfen. Ein Erfahrungs- und Informationsaustausch könnte China in seinen Reformen voranbringen und Europas Kenntnis von der modernen chinesischen Wirtschaft verbessern. Die Ausbildung von Wirtschaftsfachleuten geschieht bereits im Rahmen des Kooperationsprogramms der Kommission mit China- als nächster Schritt wäre ein Wirtschaftsdialog auf Beamtenebene z.B. in Bereichen wie der Währungspolitik denkbar.

Ein anderer potentieller Bereich für einen erfolgreichen Dialog ist die Sozialpolitik. Ein solcher Austausch würde eine wichtige Grundlage schaffen, auf deren Basis die Entwicklung einer Sozialpolitik für die 90er Jahre und darüberhinaus diskutiert werden könnte. Gespräche über die Entwicklung von international anerkannten Arbeitsnormen, einschließlich der Standards der IAO bezüglich der Arbeit von Kindern und Gefangenen könnten mit einbezogen werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Mitarbeit Chinas in den großen internationalen Wirtschaftsorganisationen. Bezüglich der WTO sollte dies die Aufnahme Chinas als Vollmitglied bedeuten (vgl. Abschnitt C.3). Doch auch andere Organisationen müßten Chinas Relevanz für die Weltwirtschaft anerkennen. Die Entscheidung des OECD-Ministertreffens vom Mai 1995, auf einen neuen Dialog mit China hinzuarbeiten, kann nur begrüßt werden; Europa sollte darüber nachdenken, wie diese Bindungen verwirklicht werden könnten. Die G7 sollte sich ferner mit der Frage befassen, wie sie in ihren Beratungen der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung Chinas Rechnung tragen könnte.

Die atemberaubenden Veränderungen in der chinesischen Wirtschaft haben sich - wie nicht anders zu erwarten - in erheblicher Weise auf den EU-China-Handel ausgewirkt: 1993 überstieg der beiderseitige Warenaustausch ein Volumen von 30 Mrd. ECU, und 1994 wird er voraussichtlich die 35 Mrd. ECU-Marke erreichen.

Der EU-China-Handel hat sich seit Beginn der Reformen vervierzehnfacht (vgl. Anhang 2). Die EU-Exporte hielten jedoch mit den Importen nicht Schritt. Aus dem Handelsüberhang der EU Mitte der achtziger Jahre wurde inzwischen ein Handelsbilanzdefizit, das sich während der letzten vier Jahre bei 8 bis 10 Mrd. ECU eingependelt hat. Das Handelsdefizit der USA gegenüber China stellt dieses Ergebnis jedoch weit in den Schatten; die Exportdeckungsquote der EU-Importe ist mit 55 % weit höher als im Falle der USA (26 % für das Jahr 1993). Hinzu kommt, daß der Anteil der EU am chinesischen Gesamtimport in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts von 11 auf 15 % angewachsen ist; auch hier steht die EU besser da als die USA, deren Anteil an den chinesischen Importen sich erst langsam der 12 %-Marke nähert - am besten stehen die Japaner mit einem Anteil von 42 % dar. In der Tat hält die EU in China einen größeren Marktanteil als in anderen Teilen Asiens.

Bei den Direktinvestitionen - eines der Schlüsselemente der chinesischen Reformen - sieht es für Europa dagegen weniger rosig aus. Der Anteil der EU an den ausländischen Direktinvestitionen in China bleibt mit rund 4 % weit unter dem Anteil, den sie an anderen aufstrebenden Märkten hat. Den Unternehmen aus der EU sind die Unternehmen von Hongkong-Chinesen und anderen Chinesen aus Übersee, aber auch die Unternehmen aus den USA und Japan weit voraus.

Unternehmen aus der EU (15) investierten zwischen 1979 und 1993 2,5 Mrd. USD (bei Verpflichtungen in Höhe von 7,3 Mrd. USD) in rund 3.000 Projekte. Das entspricht weniger als der Hälfte der Investitionen der Unternehmen aus den USA oder Japan. Die EU-Projekte sind zwar tendenziell umfangreicher als die der Konkurrenten, und einige Projekte in Schlüsselsektoren der chinesischen Wirtschaft (Kraftfahrzeugbau, Telekommunikation und Pharmaprodukte) sind unbestritten vorbildlich, doch ist man sich in chinesischen, europäischen und den übrigen Wirtschaftskreisen durchaus im klaren darüber, daß die Unternehmen aus der EU am chinesischen Markt weniger Dynamik entwickeln als ihre Konkurrenten - weshalb ihnen Chancen entgehen. Das kann sich negativ auf den Handel der Zukunft auswirken und könnte auch die globale Konkurrenzfähigkeit der EU schwächen.

Es bleibt selbstverständlich jedem Einzelunternehmen überlassen, Risiken und Vorteile eines so heiklen Unterfangens wie der Durchführung eines Projekts in China abzuwägen. Die bei Großunternehmen beliebte Langzeitperspektive, die die Bereitschaft einschließt, für den Vorteil der strategischen Präsenz kurzfristig Verluste in Kauf zu nehmen, taugt in der Regel für KMU nicht. Kleinere Firmen können dagegen Gelegenheiten nutzen, bei denen die Tilgungsfristen kürzer und die Zielvorgaben enger gesteckt sind - eine attraktive Option für unsichere Zeiten. Für die EU besteht die Herausforderung nicht darin, Chancen ausfindig zu machen, sondern darin, sich mit eben solchem Energieeinsatz an die Exploration möglicher Marktöffnungen in China heranzumachen wie unsere Hauptkonkurrenten.

Die EU sollte jedoch zumindest versuchen, den europäischen Unternehmen dabei zu helfen, Investitionsentscheidungen in voller Kenntnis der in China jeweils vorhandenen Möglichkeiten zu treffen. Dazu sollte sie die Verbesserung der Informationen über Investitionsbedingungen und Chancen, sowie zusätzlich auch direkte Unternehmenskontakte fördern.

C.2 EIN BEISPIELLOSES WIRTSCHAFTSSYSTEM

Für die Bewältigung der Schwierigkeiten denen sich alle jene gegenüberstehen, die die Absicht haben, mit China ins Geschäft zu kommen und dort zu investieren, werden jedoch Information und Kontakte allein werden nicht ausreichen.

China hat in den letzten Jahren in Riesenschritten seine Handelsregelung liberalisiert und seine Wirtschaft der Welt gegenüber geöffnet. Die Zölle wurden gesenkt, Firmen wurden auf breiterer Basis Handelsrechte eingeräumt, der gespaltene Wechselkurs wurde zugunsten eines einzigen Kurses aufgegeben, ausländische Investitionen wurden in großem Maßstab ins Land geholt, und die Grundvoraussetzungen für eine tragfähige Rechtsprechung in Sachen Eigentumsrechten sind geschaffen.

Diese Maßnahmen stellen zwar bedeutende Fortschritte dar, reichen aber noch längst nicht aus, das chinesische Handelssystem soweit zu reformieren, daß es mit international anerkannten Regeln vereinbar wäre. Das Recht zu importieren und zu exportieren ist nach wie vor weitgehend Monopol des chinesischen Staates. Auf zahlreiche Verbrauchsgüter werden prohibitive Zölle erhoben (oft im Ad-hoc-Verfahren). Nichttarifliche Maßnahmen wie Lizenzen und Kontingentierungen gibt es in Hülle und Fülle. Für Exporte gelten immer noch zahlreiche wettbewerbsverzerrende günstige Bedingungen, die Devisenbewirtschaftung ist wie eh und je ein erhebliches Hindernis, und es werden neue technische Hemmnisse eingeführt, um Importe zu erschweren. Die Transparenz ist unverändert problematisch, da administrative Regeln und Anordnungen nicht bekanntgemacht und Handelsplanungen in bezug auf bestimmte Produkte geheimgehalten werden. Dies sind hier nur einige Beispiele, Anhang 3 enthält einen Gesamtüberblick.

Die EU bemüht sich vor allem im Rahmen der multilateralen Verhandlungen über Chinas WTO-Mitgliedschaft und in bilateralen Handelsgesprächen um eine verstärkte Annäherung der chinesischen Handelsregelung an den WTO-Standard und um Verbesserungen in bezug auf den Marktzugang und die Rahmenbedingungen für Investitionen. Die Zielsetzung ist dabei stets gleichbleibend: die Anwendung der allgemeinen international anerkannten Handelsgrundsätze und die gleichzeitige Regelung spezifischer Angelegenheiten von gemeinsamem Belang.

C.3 MITGLIEDSCHAFT IN DER WELTHANDELSORGANISATION

Da China zu den Gründungsmitgliedern des GATT gehörte und erneut zu einem der großen Akteure der Weltmärkte geworden ist, liegt Chinas WTO-Mitgliedschaft im Interesse aller Handelsnationen. Seit China im Juli 1986 den Antrag auf Rückkehr in das GATT gestellt hat, bemüht sich die EU darum, die Entscheidung über die chinesische Mitgliedschaft beschleunigt herbeizuführen; bei einer solchen Mitgliedschaft muß die Garantie gegeben sein, daß China die umfangreichen Voraussetzungen einer WTO-Mitgliedschaft erfüllen kann und daß das WTO-System gleichzeitig ohne Abstriche erhalten bleibt.

Die EU hat bei den Verhandlungen eine führende Rolle übernommen; so geht der Grundsatz auf sie zurück, wonach die Verpflichtungen, die China mit Blick auf die Mitgliedschaft eingeht, in ihrer Mehrheit zwar ab dem Tag der Aufnahme in die WTO gelten, einige von ihnen aber erst im Laufe einer noch zu spezifizierenden Zeitspanne unter multilateraler Aufsicht umgesetzt werden können. Diesem Ansatz liegt die Einsicht zugrunde, daß China sich zwar rasch entwickelt, in

vieler Hinsicht aber noch kein Industrieland mit allen dazugehörigen Merkmalen einer echten Marktwirtschaft ist.

Trotz der seit Ende 1994 unterbrochenen Verhandlungen ist die Kommission immer noch der Überzeugung, daß der von der europäischen Seite voriges Jahr vorgelegte Regelungsansatz, der von dem Vorsitzenden der GATT-Arbeitsgruppe China weiter entwickelt wurde, von seiner Gültigkeit nichts eingebüßt hat. Sowohl China als auch seine Handelspartner müssen nun zusätzliches politisches Engagement einbringen, wenn ein Ergebnis erzielt werden soll. Die volle Einbindung Chinas in die WTO ist im Interesse aller Beteiligten: Für die WTO-Mitglieder wäre es eine zusätzliche Garantie für die Fortsetzung der Reformen in China bis zur Vollendung der Marktwirtschaft, und China hätte damit die Garantie, daß seine Waren- und Dienstleistungen über freien Zugang zu den Weltmärkten verfügen. In den letzten Wochen wurden zwar einige Kontakte wiederaufgenommen, doch bleibt abzuwarten, ob es mit den eigentlichen WTO-Verhandlungen weitergeht und ob in Kürze mit einem erfolgreichen Abschluß zu rechnen ist.

Nach unserer Auffassung müssen noch folgende wichtige Angelegenheiten geregelt werden:

- Verpflichtungen im Bereich der Einfuhrzölle. China sollte sich bereitfinden, die Zollbindungen auf einem Niveau vorzunehmen, das am Ende eines Anwendungszeitraums einen gewogenen Durchschnittszoll ergibt, der die doppelte Höhe des OECD-Durchschnitts nicht übersteigt;
- erste Verpflichtungen im Bereich des Handels mit Dienstleistungen in allen in die Verhandlung einbezogenen Sektoren. Die Verpflichtungen sollten nicht durch geographische Einschränkungen, spezifische Zugangsregelungen und andere Beschränkungen eingeschränkt werden;
- die Liberalisierung des Außenhandelsmonopols, falls notwendig, mit Übergangsbestimmungen. Das automatische Recht von Einzelpersonen, direkte Import- und Exportgeschäfte für sämtliche Produkte abzuschließen, ist eins der Hauptmerkmale des WTO-Systems, in China besteht dieses Recht bislang noch nicht;
- Beitritt Chinas zum Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen und zum Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen der Tokyo-Runde. Erfüllt China das Übereinkommen über das Beschaffungswesen, werden sich für das Ausland Marktchancen ergeben, und die Regierung könnte im Land Kosten einsparen. Eine stufenweise Umsetzung wäre denkbar;
- Beseitigung durch China aller nicht WTO-konformen Höchstmengen und Kontingente und nichttariflichen Hemmnisse, während einer Übergangszeit;
- Angleichung der chinesischen Industriepolitik an WTO-Standards;
- Annahme entsprechender Bestimmungen zu anderen horizontalen Themen wie Subventionen, Normen, staatliche Preisgestaltung, Staatshandel und Beseitigung von Exportabgaben.
- Definition eines geeigneten handelspolitischen Schutzmechanismus, der in Fällen schwerer Marktstörungen ausgelöst werden könnte.

Über die Erfüllung der Voraussetzungen hinaus, die darauf abzielen, im Gegenzug zu dem effektiven Zugang chinesischer Exporte und Investitionen zu den Märkten der WTO-Mitglieder den Zugang zum chinesischen Markt entsprechend zu regeln, bedarf es als wesentlicher Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen von chinesischer Seite einer

festen Zusage hinsichtlich der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung. Dies ist die Vorbedingung für das Ja der EU zu einem wie auch immer gearteten Abschluß der WTO-Verhandlungen mit China.

Das im Vorangegangenen skizzierte Konzept geht von der anerkannten Tatsache aus, daß sich China derzeit in einer Übergangsphase befindet: es wird aus diesem Grunde auch die Gewährung von Übergangszeiten vorgeschlagen. Es wird aber auch das Prinzip gebührend beachtet, wonach es in der internationalen Handelsordnung einige Grundsätze gibt, die von so fundamentaler Bedeutung sind, daß durchaus erwartet werden kann, daß alle an dieser internationalen Handelsordnung teilnehmenden Länder - gleich welchen Entwicklungsstandes - sie anwenden.

C.4 BILATERALE HANDELSGESPRÄCHE

Mit den bilateralen Handelsgesprächen seit 1992 wurden drei ineinandergreifende Ziele verfolgt: die Unterstützung der chinesischen Wirtschafts- und Handelsreformen, die Unterstützung Chinas beim Einstieg in das multilaterale Handelssystem und die Verwirklichung eines besseren Marktzugangs für europäische Waren und Dienstleistungen.

Dieser Dialog wurde 1993 mit Einsetzung der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Handel institutionalisiert. 1994 fanden sektorspezifische Begegnungen zu den Themen Rechte am geistigen Eigentum (RGE), Landwirtschaft und Finanzdienstleistungen statt. Dies sollte fortgesetzt und auf weitere Sektoren ausgedehnt werden, wobei in die Gespräche die einzelnen Fachministerien einbezogen werden sollten - hier liegt die einzige Möglichkeit, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Ein mögliches Thema für einen künftigen Dialog könnte der Wettbewerb sein, da die Leistungsfähigkeit des internationalen Handels durch Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gesteigert wird.

Die Hauptergebnisse (siehe Anhang 3) bestanden bislang in der Regelung spezifischer Angelegenheiten wie Verstöße gegen die Markenzeichenregelung, veterinärmedizinische Auflagen und andere technische Hemmnisse. Wenn auch viele der bilateralen Forderungen der EU bereits im Rahmen des WTO-Beitrittsprozesses erörtert wurden, so war es dennoch von Nutzen, wichtige EU-Belange nochmals im bilateralen Rahmen zu erörtern.

Durch einen intensiven Handelsdialog konnte Europa zudem jegliches Diskriminierungsrisiko ausschalten und sicherstellen, daß den europäischen Wirtschaftsakteuren in China dieselbe Behandlung widerfährt wie der Konkurrenz.

Besonders wichtig war dies für Bereiche wie geistiges Eigentum, Seefrachtverkehr und Marktzugang, in denen die USA und China bilaterale Abkommen geschlossen haben. China hat sich in aller Form dazu verpflichtet, in allen diesen Fällen, einschließlich der RGE-Vereinbarung vom Februar 1995 natürlichen und juristischen Personen und Vereinigungen der EU die Gleichbehandlung zu gewähren.

In bilateralen Gesprächen ergeben sich auch Gelegenheiten, Handelsangelegenheiten und Kooperationsaktivitäten miteinander zu verbinden. Ein Beispiel dafür ist das EU-China-TH-Programm über geistiges Eigentum, zu dem es nach der Unterzeichnung einer Vereinbarten Niederschrift zum RGE-Schutz kam. Im Falle der RGE könnte sich die Zusammenarbeit durchaus als wesentliche Voraussetzung dafür herausstellen, daß China die unterzeichneten Abkommen auch praktisch umsetzen kann.

C.5 VORSCHLÄGE

- a) Die EU sollte fortfahren, als festen Bestandteil ihrer Handels- und Kooperationspolitik die Reformen mit allem Nachdruck zu unterstützen.
- b) Die Kommission ist bereit, mit den chinesischen Behörden Dialog in wirtschaftlichen, sozialen und währungspolitischen Fragen aufzunehmen.
- c) Die EU sollte den Dialog zwischen China und anderen großen Wirtschaftsorganisationen und -gremien wie der OECD fördern und im Rahmen der G7 Gespräche die Bedeutung Chinas hervorheben.
- d) Die EU sollte den möglichst raschen Eintritt Chinas in die WTO unter Erfüllung aller erforderlichen Voraussetzungen betreiben und die Umsetzung der von China gegenüber der WTO eingegangenen Verpflichtungen sorgfältig überwachen.
- e) Zur Steigerung der Effizienz des bilateralen Handelsdialogs sollte die EU
 - die Häufigkeit der Tagungen der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Handel erhöhen,
 - die Tagungen in den drei Sektoren RGE, Landwirtschaft und Finanzdienstleistungen konsolidieren und in permanente Arbeitsgremien für Detaildiskussionen umwandeln,
 - Tagungen dieser Art auf neue Sektoren und Themen wie technische Handelshemmnisse, Verbrauchsgüter, Verkehr und Wettbewerb erweitern,
 - Kontakte zu Fachministerien und Provinzialbehörden entwickeln,
 - die Gespräche über Handel und Investitionen enger mit Kooperationsaktivitäten verbinden (z.B. bei den Normen und im Bereich öffentliches Auftragswesen).
- f) Direktinvestitionen in China sind von entscheidender Bedeutung sowohl für die Sicherung des Zugangs zu diesem Markt als auch für die Verstärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie. Die EU sollte deshalb ein neues Programm über Unternehmenszusammenarbeit mit China entwickeln (vgl. Abschnitt D.2).

D. ZUSAMMENARBEIT DIE NEUEN PRIORITÄTEN

China ist ein Land von gewaltiger Ausdehnung, und der EU stehen nur begrenzt Mittel für Zusammenarbeit zur Verfügung. Gemessen an der Bedeutung Chinas waren die für die Kooperationsarbeit in China bereitgestellten Mittel gering. In den Jahren 1991 bis 1994 wurden in jedem Jahr in die hauptsächlichen Haushaltslinien für die Entwicklungshilfe und die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Asien weniger als 20 Mio. ECU eingestellt. Dem stehen rund 90 Mio. ECU für Indien oder gar 460 Mio. ECU für das Tacis-Programm im Jahr 1994 für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegenüber.

D.1 KOOPERATIONSSTRATEGIE

Die folgende Aktivitäten sollten die Priorität erhalten:

- Zusammenarbeit in Bereichen, die für das Fortkommen der chinesischen Wirtschaft entscheidend sind;
- Zusammenarbeit, deren Katalysatoreffekt vom chinesischen System mit Erfolg absorbiert werden kann;
- Zusammenarbeit, die die Reformen voranbringt.

Die EU-Zusammenarbeit muß verstärkt werden und muß gezielter der Unterstützung der Reformen in allen Bereichen der chinesischen Gesellschaft dienen; gemeint sind die Reformen zur Förderung der Einbindung Chinas in den Welthandel und das weltweite Investitionssystem, Reformen, der noch unterentwickelte und restriktiven Zivilgesellschaft Chinas, Reformen um China der internationalen Informationsgesellschaft anzunähern und die Reform, die darauf abzielt, einer weiteren Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen Chinas zu begegnen. Millionen von Chinesen haben unter der Armut in Stadt und Land zu leiden. Die Notwendigkeit die Nahrungsmittelversorgung für eine so große Bevölkerung zu sichern, steht im Mittelpunkt der chinesischen Regierungspolitik und liegt auch den Kooperationsprogrammen der Kommission zugrunde.

Entscheidende Kriterien sind Durchschlagskraft und Langzeitwirkung.

Die Zusammenarbeit EU-China sollte sich in drei Hauptrichtungen entwickeln:

- Die chinesische Regierung hat die akuten Mängel der Ausbildungsbasis des Landes und den ungeheuren Bedarf der sich entwickelnden chinesischen Gesellschaft und Wirtschaft an zusätzlicher HR-Entwicklung erkannt. Diese Auffassung machen sich zunehmend die europäischen Unternehmer zu eigen, die feststellen, daß ihre Möglichkeiten, in China zu expandieren, durch den Mangel an qualifizierten Kräften beeinträchtigt werden. Wir müssen daher einen konkreten Beitrag zur Aus- und Weiterbildung entwickeln. Die EU muß die Existenz der China-Europe International Business School (CEIBS) in Shanghai dazu nutzen, das Beste, was Europa an Fachwissen zu bieten nach China zu bringen. Dies sollte auch Erfahrungen der EU in den Bereichen Bildungspolitik und der Entwicklung von Ausbildungsprogrammen einschließen. Wir müssen jetzt Partner in anderen Provinzen finden, die sich an Initiativen zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung beteiligen; dabei wäre es eine Möglichkeit, eine Institution für Fach- und Berufsausbildung vom Format der CEIBS als ständige Einrichtungen zu gründen, deren Aufgabe darin liegen würde, den Mangel an Fachkräften auf Gebieten zu beheben, die vom Ingenieurwesen bis zur Buchführung reichen. Über den Hochschulbereich ist zu berichten, daß sich derzeit 60.000 Studenten aus China in den USA aufhalten, in Europa dagegen nur 6.000, wir müssen unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet demnach erheblich steigern.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Reformen sollten durch ein umfassenderes Programm stärker unterstützt werden als bisher, das sich an einzelne Menschen verschiedener Berufe und verschiedener Lebensbereiche richtet. Vor allem die Entwicklung eines gerechten und gut funktionierenden Systems zur Sicherstellung der Gerechtigkeit in der Verwaltung sollte mit Nachdruck gefördert werden; dabei sollte die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten auf der einen Seite und China auf der anderen Seite aufgebaut werden. Ein lohnendes Projekt wäre die

Einrichtung eines Kooperationsprogramms im Bereich Recht und Justiz mit Hilfe eines europaweiten Austauschprogramms für junge Rechtsanwälte, Richter und Beamte des Strafvollzugs. Das würde eine sorgfältige Koordinierung der einzelnen Akteure in den Mitgliedstaaten erfordern, würde aber, nach entsprechender sprachlicher Ausbildung, auch die Möglichkeit für Praktika bei europäischen Zivil-, Verwaltungs- und möglicherweise Verfassungsgerichten und ausgewählten Rechtsberatungsunternehmen eröffnen. Ein entsprechendes Programm für Europäer könnte für bestimmte Bereiche des Projekts interessant sein.

- Mit der Unterstützung der Zusammenarbeit auf Unternehmensebene werden die EU und die chinesische Regierung gleichzeitig einen Beitrag zur gesunden Entwicklung der Wirtschaft hüten und drüben leisten. Diese Überzeugung ist der tragende Gedanke eines Programms zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Ebene der Unternehmen, das drei Hauptziele verfolgt: Unterstützung der allgemeinen Entwicklung des Geschäftsumfelds in China, Aufbau eines modernen Fachwissens, das für das Management und die Verwaltung der modernen chinesischen Wirtschaft unerlässlich ist, und direkte Anstöße zur Anbahnung engerer Beziehungen zwischen der europäischen und der chinesischen Geschäftswelt, durch Bereitstellung von Information und Anbahnung direkter Kontakte zwischen Geschäftsleuten. Durch die Förderung der industriepolitischen Zusammenarbeit mit China dürfte sich die Präsenz Europas in dem Land verstärken, was auch zu neuen wirtschaftlichen Bindungen führen kann. Diese Ziele gehören bereits zu den Prioritäten bisheriger Initiativen, doch ihre Verwirklichung konnte mit der Zunahme der Wirtschaftsinteressen und Geschäftschancen der EU in China nicht Schritt halten.

Diese Ziele lassen sich in einer Reihe politischer Bereiche verfolgen. Zwei Bereiche mit besonderem Zukunftspotential sind die Umwelt sowie die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit:

- Die Herausforderung auf dem Gebiet der Ökologie, mit der das sich rasch entwickelnde China konfrontiert ist, wurde von der chinesischen Regierung in ihrem Folgeprogramm zu der auf dem Rio-Gipfel verabschiedeten Agenda 21 anerkannt, einschließlich der darin enthaltenen Liste von Projekten, die zu einer nachhaltigen Entwicklung führen. Chinas Umweltprobleme sind teils systemisch begründet - geringe Einsicht bezüglich der Langzeitfolgen von Untätigkeit - und finden zum anderen eine Erklärung im technologischen Bereich oder darin, daß China sich nicht imstande sieht, die Kosten hoher Umweltstandards aufbringen zu können. Wichtig ist vor allem, daß Umwelterwägungen Eingang in andere Bereiche der Politik wie z.B. Wirtschaftsplanung finden. Zu dem Thema wurde eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt, die herausfinden soll, wie die EU China dabei am besten unter die Arme greifen kann. Unsere Aufgabe besteht nun darin, einen kohärenten europäischen Beitrag für einen Bereich zu definieren, aus dem uns von chinesischer Seite eine Vielzahl von Signalen erreichen. Wir müssen diesen Beitrag genau definieren, bevor wir damit mit seiner Umsetzung begonnen wird und müssen dafür unser Fachwissen in bezug auf Entscheidungsfindung und Technologie - umweltschonende Technologien eingeschlossen - im Umweltbereich optimal einsetzen. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, daß bei allen Initiativen die Bereitschaft der europäischen Geschäftswelt, auf lange Sicht eine technologische Partnerschaft mit China einzugehen, voll genutzt wird.
- Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit dient der Vorbereitung des Terrains für Zusammenarbeit ganz allgemein und leistet einen Beitrag zur Suche nach wissenschaftlichen Lösungen für globale Problemstellungen. Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit China sollte auf der Grundlage des Vierten Rahmenprogramms der Gemeinschaft stattfinden, um auf diese Weise die

wissenschaftliche und industrielle Basis Europas auszubauen und zu anderen Formen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit China beizutragen. Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sollte einander ergänzendes Fachwissen in ganz Europa und China mobilisieren, die Innovationsforschung unterstützen, HR-Entwicklung fördern und dabei ein besonderes Schwergewicht auf die Ausbildung und Mobilität des Forschungsnachwuchses legen.

D.2 VORSCHLÄGE

Die EU sollte ihr Kooperationsprogramm ausbauen und darauf achten, daß es den wirtschaftlichen und politischen Realitäten der 90er Jahre in China entspricht.

In Anbetracht der nur begrenzt verfügbaren Mittel ist die Konzentration auf klare Prioritäten zwingend, denn bei Anwendung des Gießkannenprinzips würde China weniger geholfen und die Kooperationsanstrengungen der EU in China verlören an Sichtbarkeit.

Die zu Zeit verfügbaren Finanzmittel sind nicht ausreichend um alle angstrebtenziele zu erreichen, doch die Mittelaufstockung ist nicht der einzige Weg, die Wirkung der EU-Aktion in China zu erhöhen. Angesichts der Dimensionen Chinas lohnt es sich ganz besonders, Synergieeffekte der Aktivitäten der Mitgliedstaaten und der EU sicherzustellen und die Ressourcen zu konzentrieren. Die Kooperationsaktivitäten sollten zudem wesentlich zu der stärkeren Profilierung der EU in China und Chinas in der EU beitragen. Tragendes Element bei allen größeren neuen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit sollte eine Strategie der Information sein (vgl. Abschnitt E.2).

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und China sollte sich auf folgende Bereiche erstrecken:

- Nach der Einrichtung der China-Europe International Business School in Shanghai sollte die Unterstützung der HR-Entwicklung in China durch neue Initiativen auf verschiedenen Ebenen ergänzt werden: wie etwa ein Programm zum Aufbau von Beziehungen und Netzwerken zwischen einzelnen Einrichtungen für höhere Bildung in China und in der EU, sowie die Schaffung von Möglichkeiten für chinesische Studenten, an europäischem Wissen und Erfahrungen teilzuhaben; ferner, ein Programm zur Fach- und Berufsausbildung, daß konkret auf die, von den Marktteilnehmern identifizierten Bedürfnisse in China, abgestimmt ist.
- Die Wirtschafts- und Sozialreformen sollten durch Ausbildung und technische Hilfe in Schlüsselsektoren der Reform weiter unterstützt werden. Das RGE-Ausbildungsprogramm sollte in seiner zweiten Phase auf neue Bereiche wie Copyright und Durchsetzungsmaßnahmen ausgedehnt werden; es sollten sich neue Programme in den Bereichen Qualitätssicherung, Normung und öffentliches Auftragswesen anschließen. Eine neue Form der Zusammenarbeit sollte organisiert werden, die zur Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in China dient, wobei mit Blick auf eine Verstärkung der Rechtsstaatlichkeit in China besonderes Gewicht auf eine Förderung der Entwicklung von Rechts- und Justizberufen gelegt werden sollte.
- Die Aktion zur Bekämpfung der Armut in Stadt und Land sollte durch eine Unterstützung der Entwicklung der lokalen Wirtschaft fortgesetzt werden. Jede Initiative muß sich an der sich im heutigen China rasch wandelnden Bedarfslage orientieren.
- Die europäische Wirtschaft und die Fachwelt müssen in einen Umweltdialog einbezogen werden; dieser Dialog muß dazu genutzt werden, europäisches Fachwissen in bezug auf

politische Umweltentscheidungen und Umwelttechnologie weiterzugeben und eine erfolgreiche praktische Anwendung in China - Beispiel Energiesektor - sicherzustellen. Wir sollten den Austausch von Umweltinformationen zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und China fördern und die Verbindung zu anderen Organisationen intensivieren, die China bei der Verbesserung der Umweltbedingungen unterstützen.

- Ein neues Programm über eine Zusammenarbeit auf Unternehmensebene sollte auf den kommerziellen Aspekt der Kooperationsarbeit ausgerichtet sein und zu einem Schlüsselement in einem intensiven Dialog mit der Geschäftswelt der EU werden. Diese Zusammenarbeit sollte zwei neue Aspekte enthalten:
 - Förderung der wirtschaftsrelevanten Information in beide Richtungen und Unterstützung der Geschäftsleute aus der EU und aus China durch die Einrichtung eines chinesischen Netzes von Unternehmens-Informationszentren in China, vor allem in den Provinzen, in denen Geschäftsbeziehungen noch selten sind;
 - Anbahnung von direkten Unternehmenskontakten in Sektoren mit besonders hohem Potential für Industriezusammenarbeit durch ein abgestimmtes Kooperationsprogramm von in Europa und in China stattfindenden Handels- und Investmentseminaren für Geschäftsleute.
- Verbesserte Formen der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Vierten Rahmenprogramms der Gemeinschaft, bei konsequenter Unterstützung von hochqualifizierter Forschung in Schlüsselbereichen der Zusammenarbeit mit China.

Projekte, die nicht auf der Linie dieser Zielsetzungen liegen, sollten allmählich auslaufen bzw. nicht verlängert werden.

E. KOORDINIERUNG UND INFORMATION

E.1 POLITIKKONZEPT FÜR CHINA IM UMBRUCH

China befindet sich in einer Periode des Umbruchs. Die hier skizzierten Politiken erlauben es der EU, die Reformanstrengungen in China zu unterstützen, und gleichzeitig ist sie damit aber auch für noch nicht abzusehende innenpolitische Entwicklungen in China (und in Europa selbst) gerüstet. Die Entwicklung der Beziehungen EU-China muß als Langzeitaufgabe verstanden werden.

Die EU sollte mit ihrer Politik eine Förderung der im Vorhergehenden umfassend beschriebenen Ziele anstreben, sich jedoch gleichzeitig genügend Flexibilität bewahren, um mit den nicht zu vermeidenden Ungewißheiten der künftigen Entwicklung Chinas fertig zu werden. Die Mehrzahl der Beobachter stimmen darin überein, daß es für die nächsten Jahrzehnte sehr unterschiedliche Szenarien darüber gibt, wie die wirtschaftliche und noch mehr die politische Entwicklung möglicherweise weitergeht. Doch unabhängig vom Auf und Ab, das sich mit dem Aufkommen von Handelsstreitigkeiten oder politischen Differenzen ergeben kann, sollte die EU in ihrer Politik nie ihre strategischen Interessen in China aus den Augen verlieren.

Die verschiedenen Programme und Instrumente, über die die EU verfügt, werden sich, gemessen an den Dimensionen Chinas, stets sehr klein ausnehmen. Doch mehrere Mitgliedstaaten sind in Bereichen wie Berufsbildung, technische Hilfe, Anbahnung von Geschäften und Umwelt sehr aktiv - all diese Bereiche sind Prioritäten in der Politik der EU. Für die Planung und Umsetzung dieser gemeinsamen Aktivitäten kann das Zusammenlegen von Erfahrung und gegebenenfalls von Ressourcen nur von Vorteil sein. Wenn wir nicht zusammenarbeiten, wird sich Europa kein Gehör verschaffen können.

Mehrere chinesische Provinzen haben eine größere Bevölkerung als der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat der EU. In den letzten Jahren sind besondere Wirtschafts- und andere Entwicklungszonen wie Pilze aus dem Boden geschossen, und die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt hat zu einer Verlagerung der Zuständigkeiten im Bereich der Festlegung und Umsetzung der Wirtschafts- und Handelspolitik auf die Ebene der Provinzen geführt. Die Provinzialbehörden verfügen über weitgehende Befugnisse in einer Vielfalt von Politikbereichen. Gesprächspartner für die EU werden stets die Ministerien in Beijing bleiben. Es ist aber wichtig, daß die EU in ihrer Politik die Bedeutung der Provinzen in Rechnung stellt; der Dialog über bestimmte Themen der Wirtschaft und Zusammenarbeit sollte auf Provinzebene geführt werden.

In der Mitteilung über die Asien-Strategie wird eine stärkere Profilierung der Europäischen Union in Asien angemahnt. China stellt angesichts seiner starken Kulturidentität, seiner Sprache, den Unzulänglichkeiten seines Kommunikationssystems und allein schon durch seine Größe eine Herausforderung ganz besonderer Art dar.

Der wichtigste Faktor in dem Bild, das die EU von sich vermittelt, ist unsere China-Politik. Der jetzt eingeleitete vertiefte politische Dialog muß genutzt werden, um ein stärkeres Gewicht auf die langfristigen gemeinsamen Interessen zu legen, die die EU und China miteinander verbinden. Die EU und China sollten sich in zunehmenden Maße daran gewöhnen, in einer Reihe von politischen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten und Schlüsselbereiche gemeinsam zu erörtern, in denen eine Interessengemeinschaft besteht. Eine engere wirtschaftliche Partnerschaft wird für die ohnehin zunehmend miteinander verzahnten Interessen Europas und Chinas von Vorteil sein. Engere und gezieltere Zusammenarbeit wird die Arbeit der EU einem breiteren Spektrum der Bevölkerung näherbringen. Zur Vermittlung eines stärkeren Profils der EU muß jedoch in China eine aktivere Informationspolitik betrieben werden.

Hinzu kommt, daß die China-Aktivitäten der EU in Europa unbemerkt bleiben, so daß viele, die einen positiven Beitrag leisten könnten oder sich stärker engagieren würden, nicht über die existierenden Möglichkeiten informiert sind. Soll es zwischen Europäern und Chinesen zu einer tieferen Partnerschaft kommen, so müssen auf beiden Seiten Offenheit und Interesse gefördert werden. Die Information der europäischen Öffentlichkeit über die Aktivitäten der EU sollte von der Kommission als fester Bestandteil ihrer Aufgaben im Bereich der Umsetzung der Politik anerkannt werden.

E.2 VORSCHLÄGE

Die Wirkung der Politik der EU sollte im Wege einer besseren Koordinierung optimiert werden. Dies ließe sich durch eine Verbesserung der Verbindungen zwischen der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Privatsektor in Europa und China erreichen:

- Eine China-Expertengruppe (nach dem Modell der entsprechenden Gruppen für Japan und Korea) könnte die Funktion eines Forums für den Gedanken- und Informationsaustausch über China übernehmen, an dem sich Experten aller Sparten der

Politik aus den Verwaltungen der Mitgliedstaaten und den Kommissionsdienststellen beteiligen.

- Eingehender zu prüfen wäre außerdem die Möglichkeit einer stärkeren Koordinierung der Kooperationsmaßnahmen in China mit den Mitgliedstaaten und anderen internationalen Organisationen. Kofinanzierungen brächten Vorteile mit sich, die sich aus dem Zusammenlegen von Erfahrung und Ressourcen ergeben (die Kommission verwaltet nur rund 8 % der gesamten Chinahilfe der EU, wobei nicht rückzahlbare Zuschüsse vor Darlehen zu weichen Bedingungen rangieren). Es ließe sich eine Kofinanzierungsfazilität einrichten, bei der jedes Jahr ein Teil der Ressourcen für gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu finanzierende Projekte reserviert würden. Die Zusammenlegung von Aktivitäten wie die Business-Servicezentren oder Kulturzentren an bestimmten Orten könnte ebenfalls zu einer stärkeren Sichtbarkeit der EU-Präsenz in China beitragen; "Europahäuser" in großen Provinzzentren könnten eine Reihe von Aktivitäten unter einem Dach vereinen.
- Ein EU-Business-Council in Beijing, der EU-Firmen in China als Sprachrohr dient und sowohl in China als auch in Europa vorhandene Netze nutzt, könnte der europäischen Geschäftswelt dabei helfen, ihren Standpunkt zu artikulieren und könnte als bedeutender Input bei der Formulierung der Politik fungieren.
- Die Geschäftswelt, die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten sich auch in sektoralen Ausschüssen zusammenfinden, um auf diese Weise die Überwachung nicht nur der Einhaltung der von China gegenüber der WTO eingegangenen Verpflichtungen, sondern ganz allgemein die Überwachung der neuen chinesischen Handelsgesetzgebung zu verbessern.
- Die Geschäftswelt könnte stärker in die Förderung von EU-finanzierten Kooperationsprojekten einbezogen werden, wie bereits im Fall der China-Europe International Business School in Shanghai. Die enge Einbeziehung der Industrie der EU in die Zusammenarbeit ist von überragender Bedeutung, nicht nur, wenn es darum geht, echte Bedürfnisse der Industrie gezielt zu bedienen, sondern auch, um eine enge Verbindung zwischen den EU-Initiativen und der Geschäftswelt zu gewährleisten, wodurch diese Form der Zusammenarbeit den Bezug zu den wirtschaftlichen Realitäten nicht verliert.

Eine Informationsstrategie für China könnte eine ganze Reihe von Initiativen einschließen, die dazu dienen, in den Medien und den Organen der Meinungsbildung in China ein vollständigeres Europabild entstehen zu lassen; weitere Initiativen könnten darauf abzielen, die EU-Initiativen stärker ins Blickfeld eines breiteren europäischen Publikums zu rücken:

- gezieltere Informationsprodukte und verstärkte Presse- und Informationsaktivitäten. Ein Weg, Zugang zu einem einflußreichen Publikum in Europa und China zu gewinnen, bestünde darin, regelmäßig eine professionell aufgemachte Zeitschrift herauszubringen, wie dies bereits in den USA und der Russischen Föderation geschieht. Ein anderer Weg, der eine sorgfältige Durchführbarkeitsstudie erfordert, bestünde darin, für die wachsende chinesische Elektronikinformationsgesellschaft europäische Inputs zu schaffen. Zu überprüfen ist ferner, ob es sinnvoll wäre, in China europäische Informationszentren einzurichten. Die Informationskomponente sollte in der Zusammenarbeit größeres Gewicht erhalten.
- Engere Zusammenarbeit im Bereich der kulturellen Aktivitäten der Mitgliedstaaten in China. Der Rat könnte die Mitgliedstaaten dazu anregen, nach Möglichkeit bei ihren kulturellen Initiativen in China eine europäische Komponente vorzusehen.

- Erweiterung des derzeitigen Besucherprogramms der EU, in dessen Rahmen die Kommission Vertreter der Medien und der Meinungsbildungsorgane nach Brüssel und in mindestens zwei Mitgliedstaaten einlädt; stärkere Vernetzung der Akteure der Zusammenarbeit.
- Förderung der Entwicklung von Europa-Studien in China als Teil des vorgeschlagenen Programms über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (vgl. Abschnitt D.2), wobei das Fernziel darin besteht, in China ein vollständigeres Bild von der EU zu vermitteln. Zu fördern ist auch eine stärkere Verbreitung der China-Kenntnis in Europa durch Unterstützung der Forschung und den Aufbau von Netzen, mit denen die Verbindung zwischen all jenen hergestellt werden kann, die in Europa China-Studien betreiben. Die Zweckmäßigkeit europäischer Dokumentationszentren in China ist ebenfalls zu prüfen.

F. SCHLUSSFOLGERUNGEN

China befindet sich in einer Periode des Umbruchs. Die hier skizzierten Politiken erlauben es der EU, die Reformanstrengungen in China zu unterstützen, und gleichzeitig ist sie damit aber auch für noch nicht abzusehende zukünftige Entwicklungen in China (und in Europa selbst) gerüstet. Die Entwicklung der Beziehungen EU-China muß als Langzeitaufgabe verstanden werden.

Der Aufstieg Chinas bringt China selbst und der Welt neue Herausforderungen und neue Chancen. Die konsequente Unterstützung des angelaufenen Prozesses der wirtschaftlichen und sozialen Reformen liegt im europäischen Interesse. Europa und China benötigen eine langfristig angelegte bilaterale Zusammenarbeit, um die Verwirklichung für beide Seiten wichtiger Ziele zu sichern. Einige dieser Ziele - wie etwa das gemeinsame Interesse an einem reibungslosen Übergang für Hong Kong und Macau - werden schon seit langem verfolgt. Andere ergeben sich aus neuen Interessenlagen. In beiden Fällen jedoch können Europa und China auf praktische Weise zusammenarbeiten: bei der vollständigen Einbindung in die Weltwirtschaft, der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Armutsbekämpfung, dem Umweltschutz, der HR-Entwicklung, der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung, der Informationsgesellschaft und schließlich der Zusammenarbeit in Handels- und Investitionsfragen.

Der Rat wird ersucht,

die in dieser Mitteilung dargelegte Strategie zu billigen:

- China darin zu bestärken, sich voll in die internationale Gemeinschaft zu integrieren:
 - Erweiterung des politischen Dialogs und Einbeziehung sämtlicher Themen von beiderseitigem Interesse und globaler Bedeutung;
 - Unterstützung einer WTO-Mitgliedschaft Chinas auf der Grundlage des eindeutigen Engagements für die Schaffung einer voll funktionsfähigen Marktwirtschaft;
- Unterstützung innenpolitischer Reformen in China:
 - Vertretung der Anliegen der EU in bezug auf die Menschenrechte, Unterstützung des Ausbaus der Zivilgesellschaft durch Förderung der Außenöffnung Chinas, der Entwicklung öffentlicher und privater Beziehungen und des internationalen Dialogs in multilateralen Gremien;
 - Nutzung der Zusammenarbeit für die Ziele der HR-Entwicklung, der Unterstützung der Wirtschafts- und Sozialreformen und der

Zusammenarbeit zwischen Marktteilnehmern, einschließlich Aktivitäten in den Bereichen Umwelt, Wissenschaft und Technik.

- Intensivierung der Bindungen EU-China:

- . Entwicklung geschäftlicher Kontakte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die in China tätigen EU-Firmen und Erweiterung des Marktzugangs auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung;
- . Anreize für Kontakte zwischen Europäern und Chinesen, unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen.

Der Rat wird ersucht, die in dieser Mitteilung dargelegte Strategie zu billigen und die Kommission, die Mitgliedstaaten, die Geschäftswelt und andere Akteure aufzufordern, bei der Verwirklichung des dargelegten Konzepts zusammenzuarbeiten. Die Kommission beabsichtigt, die dargelegten Initiativen in den kommenden Monaten praktisch umzusetzen.

Nach dem dritten Plenum des XI. Kongresses der KPC vom Dezember 1978 leitete Deng Xiaoping in China einen ehrgeizigen Reformprozeß ein, in dessen Verlauf sich das chinesische Wirtschaftssystem und seine Beziehungen zur Weltwirtschaft von Grund auf verändern sollten. Dieser Prozeß ist weder glatt noch stetig verlaufen und geht auch nicht auf einen von der Führungsspitze klar umrissenen Plan zurück. Die treibenden Kräfte waren eine Vielzahl von Initiativen, die von staatlicher, lokaler und individueller Ebene ausgingen und weitgehend auf gut Glück durchgeführt wurden; das Ergebnis war ein Verlauf mit vielen Unebenheiten, begleitet von häufigem Kurswechsel und ständigen Schwerpunktverlagerungen. Es steht jedoch außer Zweifel, daß die Reformen zu einer atemberaubenden Revitalisierung der Wirtschaft und zu einer Verbesserung des Lebensniveaus geführt haben.

Bei diesen 16 Reformjahren lassen sich folgende Phasen unterscheiden:

- a) **Beginn der Reformen mit Schwerpunkt Landwirtschaft** (Dezember 78 bis September 84) - für ein Land, in dem rund 800 Millionen Menschen auf dem Lande leben, ein logischer Anfang für Reformen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörte eine Anhebung der vom Staat für landwirtschaftliche Produkte gezahlten Preise und die Einführung eines Systems responsabilisierender Produktionsverträge, das an die Stelle der Volkskommunen die Förderung der individuellen Produktivität setzte. In den Städten gediehen die Reformen dagegen nicht über das Versuchsstadium hinaus. Der bedeutendste Schritt war wohl die Einrichtung von vier besonderen Wirtschaftszonen im Küstensaum mit dem Ziel, ausländische Investitionen anzuziehen.
- b) **Anstrengungen in Richtung Marktwirtschaft** (Oktober 84 bis September 88): Diese Phase stand im Zeichen des Versuchs, Staatsbetriebe zu reformieren und die Preise zu liberalisieren - zwei Schlüsselfaktoren des Wandels. Ziel war, das (staatliche) Eigentum von der Unternehmensführung zu trennen, und zwar durch gesetzgeberische Neuerungen in Bereichen wie dem Insolvenzrecht und durch Experimente mit Formen von Kapitalbeteiligungen und durch die Einrichtung von Finanzmärkten. Die Lockerung der Preisbindungen wurde vor allem im Bereich der Verbrauchsgüter erfolgreich vorangetrieben.
- c) **Verhärtung der politischen Linie** (Oktober 88 bis Dezember 91): In dieser Phase unternahmen die chinesischen Behörden den Versuch, die überheizte Wirtschaftsmechanik erneut unter Aufsicht zu stellen und froren dazu Preise ein, bremsten die Reformen und drosselten die Investitionstätigkeit. Es stellt sich aber schnell heraus, daß in einem Jahrzehnt der Reformen der Regierung weitgehend die Fähigkeit abhanden gekommen war, die Wirtschaftsakteure an die Kandare zu nehmen. So gingen die Reformen in Bereichen wie Preise und Handel weiter.
- d) **Neuer Start und Beschleunigung** (seit Januar 92): Diese Phase dauert noch an und wurde durch Deng Xiaopings Reise vom Januar 1992 nach Südchina eingeleitet; das politische und wirtschaftliche Klima hat sich seither abrupt gewandelt, und sämtliche Sektoren der Wirtschaft sind vom Reformfieber erfaßt; eingeschlossen sind nun auch Bereiche wie Dienstleistungen und Landnutzungsrecht, die bislang eher im Windschatten der Reformen standen. Im Binnenland, insbesondere entlang des Yangtse wurden zusätzliche besondere Wirtschaftszonen (z.B. Nanjing, Wuhan und Chongqing) für ausländische Investitionen geöffnet. In Schlüsselbereichen wie Unternehmensführung und Preisliberalisierung wurden neue Maßnahmen verkündet. Das neue Gesellschaftsrecht ist seit 1994 in Kraft. Weitere Neuerungen des Jahres 1994 waren die Bankenreform, das neue Besteuerungssystem, einschließlich einer Mehrwertsteuer, und die Umverteilung der Steuereinnahmen zwischen der Zentrale in Beijing und den Provinzen nach einem neuen Verteilungsschlüssel. Die jüngsten und bahnbrechendsten Reformen betreffen die Abschaffung des gespaltenen amtlichen Wechselkurses und das (kontrollierte) Floaten der nunmehr einheitlichen Währung an

den Swapmärkten sowie das neue System der Besteuerung. Das Anziehen der Kreditschraube zeigte 1994 einige Wirkung, doch die Dynamik der Wirtschaft und die zunehmende Autonomie der Provinzen führten dazu, daß die von der Zentralregierung versuchte Konjunkturdämpfung nur begrenzte Wirkung zeigte. Die Reformen haben unter der neuen Formel von der "sozialistischen Marktwirtschaft" Eingang in die chinesische Verfassung gefunden.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung

Seit Einleitung der Reformen hat sich in China das Wachstum des BSP deutlich beschleunigt und erreichte in den 80er Jahren rund 9 % jährlich. Die gewerbliche Wirtschaft und die Landwirtschaft wuchsen schneller als in der Vergangenheit. Die Zuwachsraten der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in der Verarbeitungsindustrie lagen mit 12,6 % jährlich während der 80er Jahre an der Spitze, doch auch die Beschleunigung des Produktionswachstums in der Landwirtschaft war geradezu atemberaubend. Zu dem schnellen Wachstum kam jedoch auch eine sich beschleunigende Inflation hinzu. In China war Inflation seit langen Jahren nahezu unbekannt, doch mit der Liberalisierung der Produktion und der Preise änderte sich dies schlagartig, und mit einem Jahresdurchschnitt von mehr als 18 % wurde 1989 die Inflationsspitze erreicht.

Chinas wirtschaftliche Leistung seit 1992 verdient kein geringeres Prädikat als "hervorragend". Das BSP erreichte in den letzten drei Jahren Wachstumsraten von 12,8, 13,4 und 11,8 %, bei einer Steigerung der gewerblichen Produktion in den drei Jahren um 13, 20 bzw. 21 %. Die langfristigen Kapitalanlagen machten im letzten Jahr einen Sprung von 29 %. Doch die Inflation, die von 15 % im Jahr 1993 auf rund 25 % im Jahr 1994 geklettert ist, weckt alte Ängste vor einer Konjunkturüberhitzung.

Ein weiteres spektakuläres Ergebnis der chinesischen Reformen war die rasche Aufwärtsentwicklung im Außenhandel. Seit 1979 ist der chinesische Handel doppelt so schnell gewachsen wie die Produktion, und das ist eindeutig das Resultat der chinesischen Öffnungspolitik. Zu Beginn der Reformen im Jahr 1978 lag das Gesamtvolumen des chinesischen Handels bei 20 Milliarden USD und war ungefähr ausgeglichen. 1994 erreichte das Handelsvolumen 237 Milliarden USD. Nach zwischenzeitlich unausgeglichenen Handelsbilanzen - 1985 erreichte das Defizit 15 Milliarden USD - weist die chinesische Handelsbilanz seit 1990 wieder einen Positivsaldo aus. Abgesehen von einem Defizit von 12 Milliarden USD im Jahr 1993 ist die Bilanz stets positiv; ein zusätzlicher Überhang ergab sich aus der Yuan-Abwertung zum Zeitpunkt der Vereinheitlichung der Währung im Januar 1994. Dieses gute Ergebnis des Handels führte zu einer willkommenen Entlastung auf der Seite der Auslandsschulden, die den Politikern in den 80er Jahren ernste Sorge zu bereiten begannen; inzwischen verfügt China über ein sehr gesundes Polster an Devisenreserven in Höhe von rund 50 Milliarden USD - allerdings bei weiterhin erheblicher Auslandsverschuldung in Höhe von 80 Milliarden USD.

Strukturprobleme

Wirtschaftsreform und Handelsboom blieben jedoch auf einige wenige chinesische Provinzen beschränkt. Mit einigen Ausnahmen hat sich das **Regionalgefälle** in China zwischen dem reichen und dynamischen südöstlichen Küstensaum (grob gesagt der Küstenverlauf von Shanghai bis Guanzhou (Kanton)) und dem noch relativ rückständigen nördlichen und westlichen Binnenland seit Beginn der Reformen noch verstärkt. Mit der Einrichtung von fünf besonderen Wirtschaftszonen (Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Xiamen und die Insel Hainan), der Öffnung von 14 Küstenstädten für ausländische Investoren und der Einrichtung von Freihandelszonen und fünf offenen Wirtschaftszonen hat sich der Graben zwischen dem dynamischen und dem rückständigen China noch vertieft. Nach und nach wurde aus dem

gesamten Küstenbereich, der elf Provinzen (292 Städte und Distrikte) umfaßt, eine einzige offene Wirtschaftszone; das Gebiet umfaßt weniger als 5 % der chinesischen Bodenfläche, und hier leben rund 17 % der Bevölkerung, die jedoch ein Drittel des chinesischen BSP produzieren.

Weitere Strukturprobleme wie **Infrastrukturengpässe und die Zerstörung der natürlichen Umwelt** drohen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in China langfristig zu unterminieren. Die Probleme, die akuter Energiemangel, ein offensichtlich unzulängliches und zur Befriedigung der Nachfrage ungeeignetes Verkehrssystem und ein rückständiges Telekommunikationswesen hervorrufen, werden sich mit immer rascherem Wirtschaftswachstum unweigerlich verschärfen, zumal die Investitionen in diesen Schlüsselsektoren weit hinter dem Bedarf zurückbleiben. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt hat bereits beunruhigende Ausmaße angenommen, doch die Regierung konzentriert ihre Strategie der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft auf die rasche Schaffung von Vermögenswerten, obwohl sie sich der drohenden Langzeitschäden bewußt ist, und überläßt die Bewältigung der Konsequenzen der Zukunft.

Üblicherweise haben Chinabeobachter vor allem die Entwicklung der **Inflation** im Auge und sehen darin nicht nur das offensichtlichsste Signal für wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern auch für bevorstehende politische Unruhen (die Ereignisse von 1989 haben dies bestätigt). Die Zahlen der jüngsten Zeit verweisen erneut auf eine Überhitzung der Wirtschaft und eine steigende Inflation in den städtischen Ballungsgebieten. Doch "ein **weiter zunehmendes Haushaltsdefizit** (mehr als 8 % des BSP) und eine rasche Zunahme des Geldumlaufs sind dazu angetan, das Problem zusätzlich zu verschärfen. Die Währungspolitik verharrt bei der Verwaltung des Kredits und umfaßt weder eine aktive Zinspolitik noch eine Politik der offenen Märkte. Die Negativzinssätze der letzten Zeit lassen die Überhitzung zu einem Risiko werden. Typisch inflationär sind auch die Steuerpolitik und der Versuch, in Staatseigentum befindliche Verlustbetriebe zu halten. Zu einem noch weit gravierenderen Langzeitproblem könnte die **Arbeitslosigkeit** werden, insbesondere wenn die Reform des unrentablen staatlichen Sektors weiter vorangetrieben wird. Bereits jetzt hat eine Massenwanderungsbewegung aus dem armen Westen in Richtung Küstenstädte stattgefunden - in einigen Schätzungen ist sogar von 100 Millionen Menschen die Rede.

Entstehung einer sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung

Die Auswirkungen von anderthalb Jahrzehnten Reformen lassen sich daran ablesen, inwieweit es China gelungen ist, die **Marktwirtschaft** als Produktionssystem und als System zur Befriedigung von Angebot und Nachfrage zu verwirklichen. Mit anderen Worten, es gilt festzustellen, welcher Anteil der chinesischen Produktion auf zentrale Planung zurückgeht (statt individueller Entscheidungen auf Unternehmensebene) und welcher Anteil der chinesischen Preise noch der Preiskontrolle unterliegt (statt dem freien Spiel der Marktkräfte). Veränderungen auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse in den Unternehmen ist ein weiterer wichtiger Gradmesser für Fortschritte bei den Reformen.

- a) **Das Verhältnis Planung/Marktkräfte bei Produktion und Preisen:** Der Anteil an der Produktion, der auf zentrale Planung zurückgeht, wurde zwischen dem Anfang der 80er Jahre bis 1991 von rund 80 % auf nunmehr 17 % begrenzt. In China, wo sich früher nur 20 % der gewerblichen Produktion der zentralen Planung entziehen konnten, ist nun eine Situation eingetreten, in der weniger als 20 % dieser Produktion strikter Wirtschaftsplanung unterliegen. Mit der jüngsten Liberalisierung ist dieser staatliche Anteil an der Produktion noch weiter geschrumpft. Staatliche Eingriffe machen sich in China nach wie vor in vielfacher Weise bemerkbar, doch mit der massiven Einflußnahme durch die zentrale Planung wurde weitgehend aufgeräumt. Derselbe Liberalisierungstrend ist bei der Preisgestaltung feststellbar. Nach Schätzungen soll der einer Preiskontrolle unterliegende Anteil der Waren bei Agrarerzeugnissen auf 22 %, bei Verbrauchsgütern auf 20 % und bei Produktionsmitteln auf 36 % gesunken sein. Nach

einem erneuten Liberalisierungsschub im Laufe des Jahres 1993 beschränkt sich die strikte Preiskontrolle nun auf weniger als 10 % der Einzelhandelsabsatzes.

- b) **Eigentumsverhältnisse:** Die vielfältige Eigentumsituation in den Produktionseinheiten und insbesondere der immer größer werdende nichtstaatliche Sektor sind ein deutliches Indiz für die Entwicklung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. 1978 lagen noch 77,6 % der gewerblichen Produktion und 54,6 % des Einzelhandelsabsatzes in Händen von Staatsbetrieben. 1994 lag nach Schätzungen der Anteil der staatseigenen Betriebe an der Produktion bei 44 % und am Einzelhandelsabsatz bei nur 41 %. Betrachtet man die Wachstumsraten der einzelnen Sektoren aus der letzten Zeit, dann wird klar, daß der nichtstaatliche Sektor immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung liegt in der zunehmenden Unternehmensvielfalt, die von den Unternehmen der städtischen und ländlichen Kommunen bis hin zu den florierenden, auf ausländischen Investitionen aufbauenden Joint Ventures reichen.
- c) **Die eiserne Reisschüssel zerschlagen:** Entscheidend für den weiteren Verlauf der chinesischen Reformen wird wahrscheinlich sein, inwieweit es gelingen wird, die heikle Entflechtung des gewaltigen, unwirtschaftlichen, Verluste bringenden Komplexes der **staatlichen Industriebetriebe** durchzuführen; es handelt sich um mehr als 100.000 Unternehmen, rund 11.000 davon mittlere Betriebe und Großbetriebe, die rund 100 Millionen Menschen beschäftigen, von denen ein Drittel Rationalisierungsmaßnahmen geopfert werden könnte. Bis 1994 arbeiteten nach offiziellen Berechnungen rund 40 % der staatseigenen Betriebe mit Verlust. Die Verluste aller dieser Betriebe insgesamt erhöhten sich 1994 um 30 %, und die übrigen Betriebe mußten schwere Gewinneinbußen hinnehmen; diese Situation führte zu einem Anwachsen der öffentlichen Subventionen auf 4,7 Milliarden USD (60 % des öffentlichen Gesamtdefizits). Die Verschuldung der verschiedenen Betriebe untereinander nimmt stark zu (in Schätzungen ist von 69 Milliarden USD die Rede), wodurch die Umstrukturierung der staatlichen Industriebetriebe umso dringlicher, gleichzeitig aber auch umso schwieriger wird.

Wird die Umstrukturierung dieses Sektors nicht in Angriff genommen, bedeutet das eine ständige Schwächung der chinesischen Modernisierungsdynamik; ein Konzept, das eine Zerschlagung des Sektors einschließt, könnte soziale, wirtschaftliche und politische Folgen ungeheuren Ausmaßes haben. Die Haltung der Reform ist in dieser Angelegenheit noch zögernd. Abgesehen von einem bescheidenen Versuch, Eigentum und Betriebsführung voneinander zu trennen (System der auf Eigenverantwortung beruhenden Betriebsführungsverträge) und der teilweisen Trennung der Betriebe vom Staat durch Besteuerung der Gewinne und dem Zugeständnis einer gewissen Gewinnrücklagenautonomie wurde der eigentliche Kern des Problems nur mit wenigen Maßnahmen angegangen. Bei diesen wenigen Maßnahmen, wie im Beispiel Insolvenzgesetz, bleibt es zumeist bei Absichtserklärungen, und eine Anwendung findet nur sporadisch statt. Dieser Sektor lastet in seiner Gesamtheit nach wie vor als schwere Hypothek auf der künftigen Entwicklung Chinas.

Der Handel EU-China

Parallel zu dem allgemeinen Boom des chinesischen Handels hat der **bilaterale Handel** EU-China einen ebenso beträchtlichen Aufschwung genommen. Das Gesamtvolumen des bilateralen Handels China-EG9 machte nur 2,4 Milliarden ECU aus, doch 1993 hat es bereits 30,8 Milliarden ECU (EG12) erreicht. Seit Beginn der Reformen in China hat sich der Handel EU-China nahezu verdreizehnfach (vgl. statistischer Anhang).

In den Jahren 1983 bis 1987 war die **Handelsbilanz** der EG positiv, wobei der Überhang 1985 einen Spitzenwert von 3,2 Milliarden ECU erreichte. Seit 1988 ist die Situation eine völlig andere geworden. 1988 erwirtschaftete China einen Handelsbilanzüberschuß von 1,2 Milliarden ECU, der sich bis 1991 von Jahr zu Jahr verdoppelte. 1992 verlangsamte sich das Wachstum, und 1993 trat eine Trendwende ein. Die EU-Exporte nahmen um 65 % zu, was erstmals seit 1988 zu einer Verringerung unseres Handelsbilanzdefizits auf 8,2 Milliarden ECU führte. Es sei angemerkt, daß im Gegensatz dazu das Handelsdefizit der USA gegenüber China ab 1992 rasch zunahm und 1994 30 Milliarden USD erreichte. Aus den vorliegenden Zahlen für 1994 geht hervor, daß Chinas Handelsbilanzüberschuß gegenüber der EU erneut steigt und die 10-Milliarden-ECU-Marke überschreiten könnte.

Trotz zahlreicher Versuche, Erklärungen für die **Diskrepanz zwischen den europäischen und den chinesischen Statistiken** zu finden, bleibt noch ein erheblicher unerklärbarer Rest. Die chinesischen Statistiken weisen für den bilateralen Handel der EU im Jahr 1993 einen Überschuß von 2,4 Millionen USD aus: Eurostat und eine Statistik-Untergruppe des GATT haben die Diskrepanz zur entsprechenden europäischen Statistik mit der unterschiedlichen statistischen Bewertung der Hongkong betreffenden Wiederausfuhrzahlen erklärt.

Betrachtet man den **Handel unter dem Gesichtspunkt einzelner Warenkategorien**, so stellt man fest, daß die EU-Exportschwerpunkte weiterhin in den Bereichen Maschinen (mechanische Geräte und elektrotechnische Waren), Beförderungsmittel und Kernreaktoren liegen; diese Kategorien stellten 1993 mehr als 65 % der gesamten EU-Exporte nach China. Was die chinesischen Exporte in die EG anbelangt, so stehen unverändert Textilien und Bekleidung (20 % der Gesamtexporte), Spielzeug, elektrotechnische Waren, Lederwaren und Schuhe im Vordergrund. Diese fünf Kategorien stellten 1993 mehr als 57 % der gesamten Importe der EG aus China.

Analysiert man die Leistung des Chinahandels der EU über einen längeren Zeitraum, so wird erkennbar, daß die Gemeinschaft in den 80er Jahren einen geringfügigen **Anteil** am chinesischen Importmarkt abgeben mußte. Die EG (9) hielt 1980 12 % der chinesischen Importe, und die EG (10) konnten diesen Anteil 1985 auf 13 % steigern. Die EG (12) fiel dann 1990 auf einen Anteil von 11 % zurück. Dieser Rückgang nimmt sich jedoch verglichen mit dem gleichzeitigen Absturz des Anteils der USA (von 19 % im Jahre 1980 auf 8 % im Jahre 1990) und Japans (von 26 % im Jahre 1980 auf 10 % im Jahre 1990) am gesamten chinesischen Import bescheiden aus. Die USA, die EU und Japan mußten allesamt in den 80er Jahren Marktanteile in China aufgeben, doch **die EU bewies mehr Geschick dabei, ihre relative Position zu halten, als ihre Konkurrenten**. Zahlen aus der letzten Zeit deuten auf eine **erneute Zunahme des Marktanteils der EU** (rund 15 %) hin, die weniger spektakulär ist als im Falle Japans, aber eindrucksvoller als die der USA, deren Anteil stagniert. Es sei ferner angemerkt, daß der **Anteil der EU am China-Markt, im Gegensatz zur Situation der USA, höher ist, als an anderen asiatischen Märkten, wie z.B. den Märkten der neuen Industrieländer, der ASEAN-Gruppe oder Japans**.

Ein für die starke Zunahme der China-Exporte in Richtung EU positiver Faktor war zweifellos das APS der Gemeinschaft. Dazu ist zu sagen, daß China in den letzten Jahren am stärksten vom APS der EU profitiert hat. Die chinesischen Exporte im Rahmen der APS-Regelung stiegen zwischen 1988 und 1992 von 2,1 Milliarden ECU auf 6,6 Milliarden ECU an, und der Anteil Chinas an den Vorteilen des APS stieg von 13,7 % auf 22,2 %, womit Chinas Anteil dreimal höher war, als der Anteil des zweitgrößten Empfängers.

Investitionen

Seit Beginn der Reformen haben auch die Anleihen Chinas im Ausland und die **ausländischen Direktinvestitionen (ADI)** in China rasch zugenommen. Zu einer wahren Explosion der ausländischen Direktinvestitionen kam es 1992 und 1993. In den Jahren 1979 bis 1982 nahm China nahezu 75 Milliarden USD an Krediten auf (davon 60 Milliarden USD tatsächlich ausgezahlt), und ausländische Gesellschaften gründeten 90.710 Joint Ventures mit einem Auftragswert von insgesamt 110 Milliarden USD, von denen 36 Milliarden USD tatsächlich investiert wurden. Bei den ADI kam es in China 1993 sogar noch zu einer weiteren Beschleunigung; sie erreichten einen Auftragswert von 111 Milliarden USD, von denen 25,8 Milliarden USD tatsächlich für die 83.000 Joint-Venture-Neugründungen verwendet wurden. Die Zahlen für 1994 lassen einen Rückgang bei den Projekten (47.490) und den ADI-Vertragsabschlüssen erkennen (zum großen Teil handelte es sich schlicht um chinesisches Kapital, das zwecks Ausnutzung einer vorteilhaften ADI-Regelung durch Hongkong geschleust wurde), doch bei dem investierten ausländischen Kapital ist ein erneuter Zuwachs auf mehr als 33,8 Milliarden USD zu verzeichnen. **Insgesamt wurden in den Jahren 1979 bis 1994 mehr als 221.000 Joint Ventures gegründet, die Verpflichtungen beliefen sich auf mehr als 301 Milliarden USD, und mehr als 95 Milliarden USD wurden tatsächlich in China investiert.** In den Joint Ventures sind rund 12 Millionen Chinesen beschäftigt, und die Unternehmen sind an Chinas gesamtem Außenhandel mit rund 40 % beteiligt.

Gesellschaften aus **Hongkong** und **Macau** sind die mit Abstand größten Investoren in China; auf sie allein entfallen 114.147 Projekte, Aufträge im Wert von 150 Milliarden USD und Zahlungen von rund 50 Milliarden USD in dem Zeitraum 1979 bis 1993. Dies sind rund zwei Drittel aller Projekte und Aufträge und drei Viertel des tatsächlich investierten ausländischen Kapitals. Auf der Rangliste folgt Taiwan, durch dessen Beitrag sich der Anteil der ADI chinesischen Ursprungs auf drei Viertel erhöht. Der Rest entfällt auf die EU, die USA und Japan, deren Tätigkeit sich für die Jahre 1979 bis 1993 wie folgt zusammenfassen läßt:

	Projekte	Aufträge (in Mio. USD)	Investierte Mittel (in Mio. USD)
EU (12)	2.741	6.952	2.442
EU (15)	3.070	7.319	2.549
USA	12.019	14.659	5.237
JAPAN	7.182	8.935	5.203

Die Investitionen der EU bleiben sowohl nach Anzahl der Joint-Venture-Gründungen als nach der Höhe des investierten Kapitals weit hinter denen der größten Konkurrenten zurück. Die Zahlen zeigen jedoch auch, daß die EU-Projekte im Durchschnitt tendenziell umfangreicher sind als die der Konkurrenten. Die USA und Japan haben mit jeweils 5 Milliarden USD ähnliche Summen investiert wie Taiwan, also mehr als zweimal so viel wie die EU. Nach Mitgliedstaaten der EU aufgeschlüsselt sind die größten Investoren in China:

	Projekte	Aufträge (in Mio. USD)	Investiertes Kapital (in Mio. USD)
FRANKREICH	547	920	602
VK	616	3.018	578
DEUTSCHLAND	569	1.458	527
ITALIEN	467	552	397

HANDEL EWG/CHINA
in Millionen ECU

	EUR 12	D	F	I	NL	B/L	UK	Ir	DK	GR	E	P
	JANUAR-DEZEMBER 1994											
IMPORT	22 706	7 644	2 651	2 629	1 732	1 484	4 280	207	536	233	1 174	136
EXPORT	12 447	5 320	1 826	1 921	537	910	1 060	27	145	15	672	14
SALDO	-10 259	-2 324	-825	-708	-1 195	-574	-3 220	-180	-391	-218	-502	-122
	JANUAR-DEZEMBER 1993											
IMPORT	19 639	6 869	2 397	2 214	1 403	1 263	3 509	205	503	248	870	158
EXPORT	11 339	4 955	1 377	2 108	596	608	946	25	115	36	547	26
SALDO	-8 300	-1 914	-1 020	-106	-807	-655	-2 563	-180	-388	-212	-323	-132

Von Januar-Dezember 1993 bis Januar-Dezember 1994 nahmen die Gemeinschaftsimporte um 15,6 % und die Gemeinschaftsexporte um 9,8 % zu; der Negativsaldo der Handelsbilanz ging von - 8 300 Mrd. auf - 10 259 Mrd. ECU zurück.

Quelle: EUROSTAT

Schätzung der Daten für die Monate November und Dezember 1994 für Holland und Griechenland.

WARENAUSTAUSCH EWG/CHINA
in Millionen ECU

	EUR 12	D	F	I	NL	B/L	UK	Ir	DK	GR	E	P
	JANUAR-DEZEMBER 1993											
IMPORT	19 538	6 868	2 420	2 215	1 276	1 263	3 509	205	502	248	875	157
EXPORT	11 302	4 955	1 338	2 108	599	608	946	25	114	36	544	29
SALDO	-8 236	-1 913	-1 082	-107	-677	-655	-2 563	-180	-388	-212	-331	-128
	JANUAR-DEZEMBER 1992											
IMPORT	16 783	5 423	1 941	2 148	1 603	1 012	2 672	140	545	184	1 031	84
EXPORT	6 852	2 852	1 250	1 144	340	341	578	12	98	14	209	14
SALDO	-9 931	-2 571	-691	-1 004	-1 263	-671	-2 094	-128	-447	-170	-822	-70

Von Januar-Dezember 1992 bis Januar-Dezember 1993 nahmen die Gemeinschaftsimporte um 16,4 % und die Gemeinschaftsexporte um 64,9 % zu; der Negativsaldo der Handelsbilanz ging von - 9 931 Mrd. auf - 8 236 Mrd. ECU zurück (- 17 %).

Quelle: EUROSTAT

DER CHINAHANDEL DER GEMEINSCHAFT 1985-1993
 Quelle: EUROSTAT - EUR 12

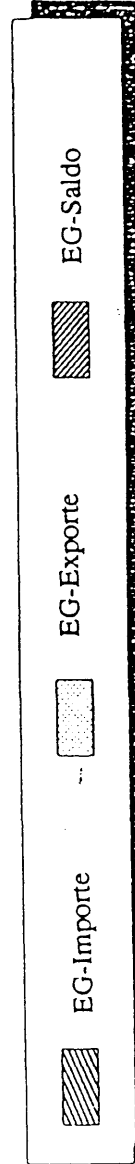
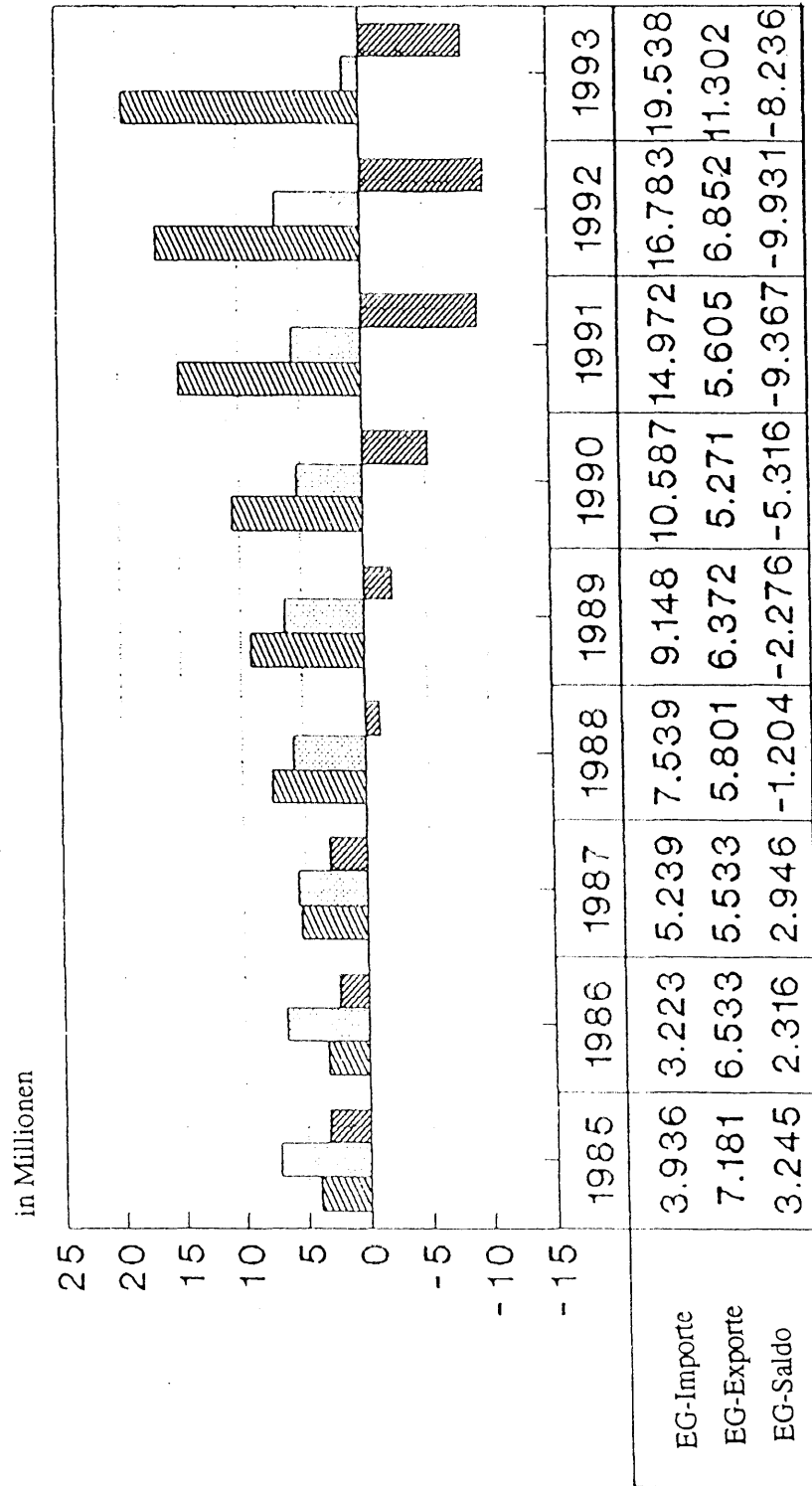


TABELLE - CHINAHANDEL, IMPORTE UND EXPORTE NACH WARENGRUPPEN

	Europäische Union				Vereinigte Staaten				Japan			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
EINFUHREN (in Mrd. ECU)												
WAREN INSGESAMT	10,6	15,0	16,8	19,5	12,8	16,4	21,1	28,8	9,5	11,5	13,1	17,5
GRUNDSTOFFE	1,6	1,8	1,8	1,8	1,3	1,2	1,2	1,1	4,9	5,1	5,0	5,7
LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE	1,3	1,5	1,4	1,4	0,6	0,5	0,7	0,7	2,2	2,7	2,8	3,5
BERGBAUERZEUGNISSE	0,3	0,3	0,3	0,3	0,7	0,7	0,6	0,4	2,7	2,4	2,2	2,2
NE-METALLE	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
BRENNSTOFFE	0,1	0,2	0,2	0,1	0,6	0,5	0,4	0,2	2,4	2,0	1,8	1,8
ERDÖL/ERDÖL-PRODUKTE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,5	0,4	0,2	2,1	1,7	1,6	1,6
NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDERZEUGNISSE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
VERARBEITUNGSERZEUGNISSE	8,9	13,1	14,9	17,7	11,4	15,0	19,6	27,5	4,5	6,4	8,0	11,7
MASCHINEN	1,4	2,0	2,5	3,5	1,9	2,6	3,4	5,1	0,4	0,6	0,7	1,3
BÜRO-/TELEKOMAUSTRÜSTUNG	1,0	1,2	1,5	2,0	1,0	1,5	1,9	2,9	0,1	0,2	0,3	0,6
KRAFTMASCHINEN/MECHANISCHE GERÄTE / ELEKTRISCHE MASCHINEN/ APPARATE	0,2	0,3	0,4	0,5	0,3	0,4	0,5	0,7	0,1	0,1	0,2	0,2
BEFÖRDERUNGSMITTEL	0,2	0,5	0,7	1,0	0,5	0,7	1,1	1,5	0,1	0,2	0,3	0,4
KRAFTFAHRZEUGE UND TEILE DAVON	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1
CHEMISCHE ERZEUGNISSE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
MED./PHARM. ERZEUGNISSE	0,6	0,7	0,7	0,8	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6
KUNSTSTOFFE	0,1	0,1	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
ANDERE FERTIGWAREN	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TEXTILIEN UND BEKLEIDUNG	6,7	10,1	11,4	13,2	9,1	11,9	15,6	21,5	3,7	5,3	6,8	9,8
EISEN UND STAHL	2,9	4,3	4,3	4,9	3,4	3,9	4,9	6,5	2,5	3,4	4,6	6,4
PAPIER/WAREN AUS PAPIER	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,3	0,4	0,2	0,3
NICHTMETALLISCHE MINERALISCHE VERARBEITUNGSERZEUGNISSE	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
ANDERE ERZEUGNISSE	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,1	0,1	0,2	0,3
ANDERE ERZEUGNISSE	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1
AUSFUHREN (in Mrd. ECU)												
WAREN INSGESAMT	5,3	5,6	6,9	11,3	3,8	5,1	5,8	7,5	4,8	6,9	9,2	14,7
GRUNDSTOFFE	0,6	0,5	0,4	0,3	1,0	1,1	1,1	1,0	0,3	0,4	0,5	0,8
LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE	0,4	0,3	0,2	0,2	0,8	0,8	0,6	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
BERGBAUERZEUGNISSE	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,4	0,4	0,1	0,1	0,3	0,5
NE-METALLE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
BRENNSTOFFE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,3
ERDÖL/ERDÖL-PRODUKTE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,3
NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDERZEUGNISSE	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,3
ANDERE ERZEUGNISSE	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
VERARBEITUNGSERZEUGNISSE	4,5	4,7	6,1	10,5	2,7	3,9	4,6	6,4	4,5	6,5	8,6	13,7
MASCHINEN	2,4	2,3	2,9	5,7	0,9	1,1	1,3	2,4	1,8	2,6	3,8	6,1
BÜRO-/TELEKOMAUSTRÜSTUNG	0,2	0,3	0,4	0,7	0,2	0,2	0,3	0,7	0,8	1,2	1,4	1,9
KRAFTMASCHINEN/MECHANISCHE GERÄTE / ELEKTRISCHE MASCHINEN/ APPARATE	1,9	1,7	2,3	4,5	0,6	0,8	0,8	1,4	0,7	1,0	1,9	3,6
BEFÖRDERUNGSMITTEL	0,2	0,3	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,6
KRAFTFAHRZEUGE UND TEILE DAVON	0,5	0,6	1,5	2,1	0,6	0,9	1,8	2,6	0,3	0,6	1,1	2,1
CHEMISCHE ERZEUGNISSE	0,2	0,5	1,0	1,4	0,0	0,0	0,2	0,7	0,2	0,4	0,9	1,6
MED./PHARM. ERZEUGNISSE	0,5	0,8	0,6	0,6	0,8	1,4	0,9	0,7	0,6	0,9	0,8	0,9
KUNSTSTOFFE	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
ANDERE FERTIGWAREN	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
TEXTILIEN UND BEKLEIDUNG	0,8	0,8	0,9	1,9	0,4	0,6	0,6	0,8	1,8	2,5	2,9	4,7
EISEN UND STAHL	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,6	0,8	1,0
PAPIER/WAREN AUS PAPIER	0,2	0,3	0,4	1,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	1,1	1,1	2,5
NICHTMETALLISCHE MINERALISCHE VERARBEITUNGSERZEUGNISSE	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
ANDERE ERZEUGNISSE	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1
ANDERE ERZEUGNISSE	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

HAUPTAUSFUHREN DER EG NACH CHINA (1)
in Millionen ECU

KN Code(2)	Erzeugnis	1989	1990	1991	1992	1993	Anteil am Gesamt- volumen 1993 in %
84	Kernreaktoren, Kessel, Apparate und mechanische Geräte	2 491	2 250	1 921	2 491	4 724	41,8
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafräder	305	232	464	935	1 312	11,6
85	Elektrische Maschinen und Apparate, Bild- und Tonwiedergabegeräte	518	571	691	744	1 341	11,9
00	Als geheim eingestuftes Erzeugnis	216	224	390	393	393	3,5
90	Optische, photographische oder kinematographische Instrumente; Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente ...	199	191	223	235	331	2,9
29	Organische chemische Erzeugnisse	194	186	261	219	271	2,4
73	Waren aus Eisen und Stahl	343	249	237	163	276	2,4
88	Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge	265	14	8	258	403	3,6
72	Guß Eisen, Eisen und Stahl	350	97	92	261	1 051	9,3
39	Kunststoffe und Waren daraus	119	69	154	131	145	1,3
38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie	73	73	98	89	72	0,6
31	Düngemittel	77	97	121	83	50	0,4
55	Synthetische oder künstliche Spinnfasern	105	97	99	73	39	0,3
48	Papier und Pappe, Halbstoffe aus zellulosehaltigen Faserstoffen	49	40	63	69	54	0,5
30	Pharmazeutische Erzeugnisse	23	30	36	46	36	0,3
51	Wolle	67	29	51	43	42	0,4
89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen	115	101	30	37	49	0,4
76	Aluminium und Waren daraus	50	23	33	38	29	0,3
32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine, Pigmente, Anstrichfarben, Kitle ...	24	22	35	32	30	0,3
	Insgesamt 19 Erzeugnisse	6 372	5 271	5 605	6 852	10 648	94,2
	Gesamtexport nach China					11 302	100,0

(1) Quelle: EUROSTAT

(2) Kombinierte Nomenklatur

HAUPTINFÜHREN DER EWG AUS CHINA(1)
(in Millionen ECU)

Anteil am
Gesamt-
volumen
1993 in %

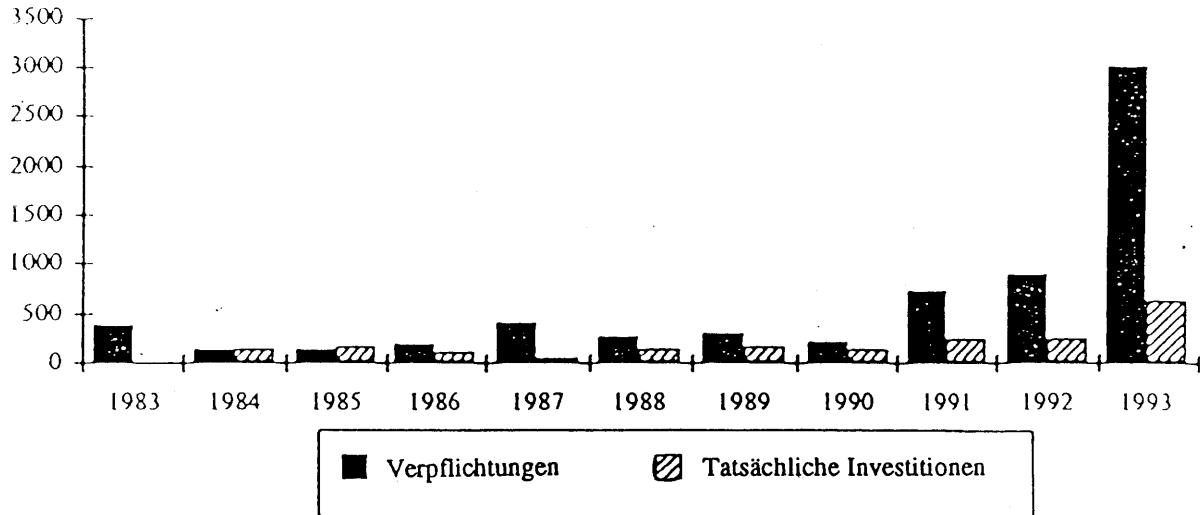
KN Code(2)	Erzeugnis	1989	1990	1991	1992	1993	
61/63	Bekleidung und andere Waren aus Gewebe	1 482	2 127	2 249	2 489	3 923	20,1
95	Spielzeug	911	1 077	1 680	2 108	2 359	12,1
85	Elektrische Maschinen und elektrotechnische Waren, Bild- und Tonwiedergabegeräte	896	1 306	1 679	2 071	2 710	13,9
42	Lederwaren; Reiseartikel ...	551	710	1 029	1 135	1 305	6,7
64	Schuhe	224	267	526	728	877	4,5
84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen ...	196	267	438	586	898	4,6
39-40	Kunststoffe, Kautschuk	195	255	374	451	572	2,9
67	Federn und Daunen, künstliche Blumen	196	223	314	314	311	1,6
94	Möbel, medizinisch-chirurgische Möbel	87	121	235	318	475	2,4
07	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln (Pilze)	168	160	291	247	230	1,2
91	Uhrmacherwaren	139	145	204	261	288	1,5
50	Seide	519	359	275	241	212	1,1
73	Waren aus Eisen oder Stahl	139	163	204	247	297	1,5
82	Werkzeug, Eiβbestecke	129	136	210	202	258	1,3
65-66	Kopfbedeckungen, Schirme ...	95	113	164	178	238	1,2
27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle...	167	129	161	162	135	0,7
46	Flechtwaren und Korbmacherwaren	133	127	147	148	152	0,8
51	Wolle	183	115	146	148	141	0,7
57	Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen	128	117	146	145	156	0,8
12	Ölsamen und ölhaltige Früchte	107	137	224	136	132	0,7
20	Zubereitungen von Gemüsen, Früchten und anderen Pflanzenteilen	113	132	153	147	116	0,6
28	Anorganische chemische Erzeugnisse ...	199	133	163	113	154	0,8
52	Baumwolle	149	149	120	105	115	0,6
a	Insgesamt 23 Erzeugnisse	6 910	8 201	11 899	12 094	16 054	82,2
b	Gesamtimporte aus China	9 148	10 587	14 972	16 783	19 538	100,0

(1) Quelle: EUROSTAT

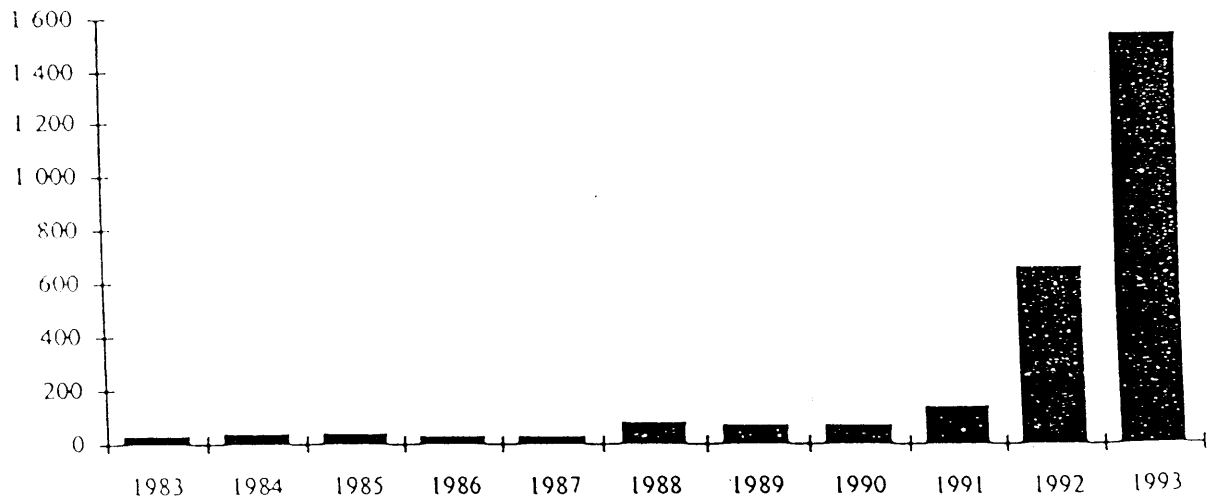
(2) Kombinierte Nomenklatur

Entwicklung der Direktinvestitionen der Europäischen Union

in Millionen US\$



Entwicklung der Anzahl der Direktinvestitionen der Europäischen Union



Direktinvestitionen in China (Stand 31. Dezember 1993)

Land	Projektanzahl	Auftragsvolumen (in Mio. USD)	Investiertes Kapital (in Mio. USD)
Vereinigtes Königreich	616	3.018	578
Deutschland	569	1.458	527
Frankreich	547	920	602
Italien	467	552	397
Niederlande	191	406	176
Spanien	168	289	24
Belgien	100	137	67
Dänemark	51	102	63
Irland	8	49	5
Luxemburg	13	16	2,3
Portugal	9	5	0,3
Griechenland	2	0,5	
	-----	-----	-----
EU (12)	2.741	6.952,5	2.442
Österreich	174	187	35
Schweden	133	150	42
Finnland	22	30	30
	-----	-----	-----
EU (15)	3.070	7.319,5	2.549
USA	12.019	14.659	5.237
Japan	7.182	8.935	5.203

Dem bilateral und multilateral von seinen Handelspartnern im Zuge der GATT-Beitrittsverhandlungen ausgeübten Druck folgend hat China einige Verbesserungen an seinem Handelssystem vorgenommen.

- a) **zentrale Erfassung sämtlicher außenhandelsrelevanten Regelungen** in einem einzigen Amt und Bekanntmachung aller geltenden Vorschriften mit dem Ziel, die Transparenz zu verbessern (noch nicht vollständig umgesetzt). Das erste chinesische Außenhandelsgesetz überhaupt wurde im Mai 1994 angenommen und trat im Juli in Kraft (die GATT-Konformität einiger Bestimmungen erscheint noch als fraglich);
- b) Senkung einiger **Zölle**;
- c) Verringerung der Anzahl der Waren, die **Importlizenzen und Kontingentsregelungen** unterliegen; im Juni 1994 bestanden noch für 413 Waren nichttarifliche Handelshemmnisse, deren Verlängerung nicht vorgesehen ist; Abschaffung der Importsubstitution und der Import-/ Exportplanung;
- d) Beseitigung der **Importregulierungssteuer**, der direkten Exportsubventionen und der Importsubstitution;
- e) Abschaffung des amtlich festgelegten **Wechselkurses** zum 1.1.1994 und Aufgabe des gespaltenen Wechselkurses, kontrolliertes Floaten des Yuan am Swap-Markt;
- f) Einführung der Mehrwertsteuer, einer einheitlichen Gewerbesteuer und verbesserter Haushaltsrechnungsführungsregeln;
- g) Umwandlung einiger Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften oder GmbHs, Untervertragnahme der Unternehmensführung in einigen restlichen Staatsbetrieben und Einführung eines Insolvenzgesetzes.

Dies sind zwar bedeutsame Schritte voran, doch reichen sie bei weitem nicht dazu aus, die Vereinbarkeit des chinesischen Handelssystems mit den international anerkannten Regeln voll herzustellen. Zu den nach wie vor ungelösten Problemen zählen:

- fehlende Transparenz, Berechenbarkeit und Einheitlichkeit
- Handelsplanung (häufig geheim)
- Handelsmonopole und andere Privilegien von Außenhandelsgesellschaften
- Devisenbewirtschaftung
- überhöhte Zolltarife
- Lizenzsystem, Kontingentierungen, Vergabeverfahren und andere Importbeschränkungen
- Vergabebeschränkungen bei Importen
- technische, veterinärmedizinische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die nicht immer den internationalen Vorschriften entsprechen
- Exportsubventionen (in den meisten Fällen indirekt)
- Exportsteuern und Beschränkungen
- industriepolitische Entscheidungen, die sich z.B. im Kraftfahrzeugsektor stark beeinträchtigend auf den Handel und die Investitionsbedingungen auswirken können.

Diese Liste wirft ein Licht auf die schwierige Situation, in der sich ein Exporteur befindet, der nicht nur klassische Hindernisse wie hohe Zölle und Importlizenzpflcht überwinden muß, sondern der außerdem noch über die geltenden Vorschriften im ungewissen ist, die selten bekannt gemacht und immer wieder ad hoc angewendet werden. Geheime Handelsplanung, Importsubstitutionsmaßnahmen (eine Praxis der Ressortministerien) und

Devisenbewirtschaftung sind Hauptmerkmale eines Systems, das alles andere als transparent und berechenbar ist.

Gespräche über Probleme des bilateralen Handels

Das jährliche Handelsbilanzdefizit von 8 bis 10 Mrd. ECU im Handel EU-China der letzten vier Jahre lohnt eine eingehende Analyse. Ungleichgewichte in bilateralen Handelsbeziehungen sind an sich noch kein Problem; sie werden zum Problem, wenn sich in ihnen Strukturen und Praktiken widerspiegeln, die mit freiem und fairem Handel nicht vereinbar sind. Dies ist nach unserer Auffassung bei China der Fall.

Zwecks eingehenderer Behandlung dieses Problems beschloß der Gemeinsame Ausschuß auf seiner Tagung vom Oktober 1991 ein **Treffen von Handelsexperten** einzuberufen (daraus sollte sich eine regelmäßige Diskussionsrunde entwickeln), um die spezifischen Probleme zu prüfen, die einer angemessenen Entwicklung des Handels entgegenstehen. In diesen Diskussionen wurden nicht nur spezifische Probleme (pflanzenschutzrechtliche und veterinärmedizinische Fragen, industrielle Metalle, Schuhe, Seide, alkoholische Getränke und Dienstleistungen); sondern auch horizontale Angelegenheiten (Transparenz, Devisenbewirtschaftung usw.) behandelt.

Diese Treffen verfolgten ein dreifaches Ziel. Erstens: Verbesserung des beiderseitigen Problemverständnisses - wichtige strittige Angelegenheiten und fortgesetzter Druck auf die chinesischen Behörden, bei den bestehenden Problemen Abhilfe zu schaffen. Zweitens: Erarbeitung von Lösungen für spezifische, das EU-Interesse betreffende Probleme. Drittens: Vermeidung von Diskriminierungen aufgrund von Vereinbarungen Chinas mit anderen Partnern, insbesondere den USA. Selbstverständlich werden die wichtigsten Streitfragen in bezug auf den Zugang zum chinesischen Markt gegenwärtig auch im Kontext der Verhandlungen über Chinas WTO-Beitritt behandelt.

Der Gemeinsame Ausschuß vom April 1993 hat beschlossen, eine Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Handelsfragen einzusetzen, in der Absicht, die laufenden Handelsgespräche zu institutionalisieren. Der Gemischte Ausschuß vom Februar 1994 hat beschlossen, die Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Handelsfragen durch drei sektororientierte Gesprächsgruppen - Finanzdienstleistungen, RGE und Landwirtschaft - zu ergänzen. Dem können in Zukunft noch weitere Sektoren hinzugefügt werden. Ein solches Vorgehen, das darin besteht, die Wirtschaftsfragen global behandelnde Gruppe durch Detailgespräche auf technischer Ebene zu ergänzen, soll einen realitätsbezogenen und fruchtbaren Dialog gewährleisten - hier handelt es sich um einen echten Versuch, die Verständigung zwischen den zwei wichtigen Handelspartnern zu verbessern und den Weg für wirtschaftliche Bindungen zu ebnen.

Die EU hat in den letzten Jahren im bilateralen Verhältnis eine Reihe sektoraler Themen angeschnitten:

- NE-Metalle (sprunghafte Zunahme der Importe zu anomal niedrigen Preisen, Anlaß zu mehreren Antidumpingverfahren);
- Seidenerzeugnisse (insbesondere die Praxis der doppelten Preisfestsetzung, die dazu führt, daß China Verarbeitungserzeugnisse billiger anbietet als das Rohmaterial);
- alkoholische Getränke (die gesamte Handelsregelung, inklusive Importmonopol, extrem hohe Zölle, nicht bekanntgemachte Handels- und Besteuerungsvorschriften, Importplanung und Kontingentierung);
- Finanzdienstleistungen (Einschränkung der Aktivitäten ausländischer Banken- und Versicherungsgesellschaften, Möglichkeit für Niederlassungen in Sektoren wie Handel, Consulting und Rechtsberatung);

- Landwirtschaft (pflanzenschutzrechtliche und veterinärmedizinische Maßnahmen, die den Handel mit Rindfleisch, Tabak und Milchprodukten behindern; Gespräche im Hinblick auf den Abschluß einer Verwaltungsvereinbarung für den Bereich pflanzenschutzrechtliche und veterinärmedizinische Angelegenheiten, Antrag auf Einrichtung einer EG-Einheit im chinesischen Amt für Wareninspektion);
- Rechte an geistigem Eigentum (RGE) (ordnungsgemäße Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere bei Verstößen im Bereich des Markenrechts und des unlauteren Wettbewerbs (nachgeahmte Waren und Kennzeichnungsbetrug, Copyright und angemessene Umsetzung von Abkommen über den Schutz in Vorbereitung befindlicher Patente);
- Seefrachtverkehr (vollständige Anwendung der Vereinbarten Niederschrift von 1992, noch lückenhaft);
- technische Hemmnisse (das gesamte System läßt sich nicht überschauen, Vermehrung von privater und staatlicher Inspektion, nicht immer auf der Grundlage internationaler Standards, was zu Handelshemmnissen z.B. im Bereich der Chemieerzeugnisse führt);
- Besteuerung (insbesondere die neu eingeführte Mehrwertsteuer, in Teilen diskriminierend für ausländische Gesellschaften, und die Verbrauchsteuer);
- Inländerbehandlung für mit ausländischem Kapital finanzierte Gesellschaften (Zwänge und Diskriminierungen, die eine Geschäftstätigkeit in China behindern).

Ein Beispiel für mögliche Diskriminierungen wurde erkennbar, nachdem die USA 1991 zum ersten Mal im Rahmen ihres Handelsgesetzes Section 301 eine Untersuchung in Sachen geistiges Eigentum eingeleitet hatten. In einer Vereinbarung einigten sich die USA und China auf eine substantielle Verbesserung des Patent- und Copyrightschutzes in China. Die Vereinbarung enthielt jedoch für die Gemeinschaft potentiell diskriminierende Bestimmungen. In anschließenden Gesprächen mit China konnte Einigung in der Angelegenheit erzielt werden, wodurch ein möglicherweise ernster Handelskonflikt abgewendet wurde. Eine Diskriminierung der Gemeinschaft gegenüber den USA konnte auch im Bereich des Seefrachtverkehrs vermieden werden.

Zu einer zweiten Section 301-Untersuchung kam es hinsichtlich des allgemeinen Zugangs der US-Exporte zum chinesischen Markt. Ein Kompromiß fand seinen Niederschlag in der am 10. Oktober 1992 von den USA und China unterzeichneten Vereinbarung, in der sich China bereiterklärt, sämtliche handelsrelevanten Gesetze, Verordnungen, Regelungen, Erlasse, Dienstanweisungen für die Verwaltung und alle politischen Maßnahmen bekanntzumachen. Unveröffentlichte Vorschriften werden künftig nicht mehr durchsetzbar sein; die Veröffentlichung erfolgt künftig zentral in einem Amtsblatt. China stimmte außerdem zu, nach und nach Importbeschränkungen, Kontingentierungen, Lizenzpflicht und Kontrollen abzubauen, die Beseitigung sämtlicher Importsubstitutionsvorschriften und -politiken zu bestätigen, den Einsatz von veterinärmedizinischen und pflanzenschutzrechtlichen Standards und Prüfverfahren für Zwecke der Einfuhrbeschränkung zu vermeiden, inländische und importierte Waren nach denselben Vorschriften zu behandeln und bei einer Reihe von Erzeugnissen die Zölle zu senken. Es war klar, daß die Vereinbarung, insbesondere die Transparenz betreffend, für alle Handelspartner Chinas von Vorteil sein würde. Bedenken wurden hinsichtlich einer besonderen diskriminierenden Regelung geäußert, derzufolge die unbeschränkte Einfuhr von Ersatzteilen und Kits lediglich Joint-ventures des US-Automobilektors zugestanden werden sollte. Die chinesische Regierung stimmte einem Briefwechsel zu, durch den den Gesellschaften aus der EU dieselbe Behandlung eingeräumt wird und stimmte außerdem zu, prioritäre Produkte der EU für eine rasche Liberalisierung in Betracht zu ziehen.

Die jüngste Vereinbarung zwischen den USA und China zu verschiedenen Themen des Bereichs geistiges Eigentum, insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung des Copyrights, ist - sofern sie erga omnes gilt - ein Fortschritt auf dem Wege zu einer verbesserten chinesischen Gesetzgebung und vor allem auf dem Wege zu einer angemessenen Durchsetzung. Die Kommission muß sicherstellen, daß die EU-Erzeugnisse denselben Schutz genießen wie die US-Erzeugnisse, und

zwar de iure und vor allem in der Praxis; ferner muß sie sicherstellen, daß die Bestimmungen über Joint-venture-Gründungen und Marktzugang auch für Gesellschaften und Erzeugnisse aus der EU gelten.

Die Einfuhrregelung der EG

Nach Vollendung des Binnenmarktes wurden die Regeln einer Überprüfung unterzogen, auf denen eine Vielfalt von einzelstaatlich festgelegten Höchstmengenregelungen beruhten; zu der Zeit bestanden rund 4.700 Höchstmengenregelungen für chinesische Erzeugnisse¹. Angesichts des Ausnahmecharakters der chinesischen Wirtschaft und ihres erheblichen Potentials, den EU-Markt in einigen Sektoren nachhaltig zu stören, war eine umfassende Liberalisierung für die europäische Wirtschaft nur annehmbar, wenn dem ein Minimum an Schutz gegenüberstand.

Nach Abschluß der Uruguay-Runde wurde die Beseitigung sämtlicher nationaler Höchstmengenregelungen und die Einführung einiger weniger Höchstmengenregelungen auf EU-Ebene beschlossen. Nach dieser neuen Regelung unterliegen lediglich sieben Warenkategorien Höchstmengenregelungen, und zwar Schuhe, Handschuhe, Geschirr und andere Haushaltsgegenstände aus Porzellan, Glaswaren, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte und Spielzeug, auf die 1992 rund 13 % aller nicht aus dem Textilsektor stammenden chinesischen Exporte in die EU entfielen. Andere Erzeugnisse werden einer Überwachung ohne Höchstmengenregelung unterstellt.

Eine neue Einfuhrregelung besteht inzwischen auch für Nicht-MFV-Textilerzeugnisse, namentlich Seide und Seidenerzeugnisse. Dabei handelt es sich um eine autonome Regelung, die mit den Chinesen ausgehandelt und nach kurzer Zeit in ein bilaterales Abkommen umgewandelt wurde.

Diese neue Regelung ist zweifellos ein erheblicher Fortschritt gegenüber der alten, und zwar nicht nur hinsichtlich der Reichweite (Handelsvolumen und Anzahl der einbezogenen Erzeugnisse), sondern auch im Hinblick auf Transparenz und Berechenbarkeit. Außerdem wurden die Höchstmengen 1995 mit Rücksicht auf die Erweiterung und spezifische Probleme in bestimmten Sektoren wesentlich angehoben.

¹ Verordnung 3420/83.

Finanzielle und technische Hilfe

Das erste von der Europäischen Gemeinschaft finanzierte Projekt kam 1984 zustande, kurz vor der Normalisierung der Zusammenarbeit durch das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit. Nach Unterzeichnung des Abkommens im Jahre 1985 wurde ein vollständiges Entwicklungshilfeprogramm aufgelegt. Bis Ende 1994 hat die EG im Bereich der technischen und finanziellen Zusammenarbeit insgesamt 25 Entwicklungsprojekte für China finanziert, womit der weit überwiegende Teil der Ressourcen für die Beziehungen zu China ausgegeben wurde. Die Projekte bestanden weitgehend aus einem Gemisch von Expertenberatung vor Ort, der Ausbildung von Chinesen in der EU und einem Beitrag zur Modernisierung der Ausrüstung. Schwerpunktgebiet der Projekte war der ländliche Bereich im weitesten Sinne, wozu so unterschiedliche Gebiete wie Boden- und Wassererhaltung und -schutz, Lebensmittelverarbeitung und -lagerung sowie Ernteertragsverbesserung gehörten. Dem Programm lag der Gedanke zugrunde, den Einfluß der EG auf eine Reihe von Sektoren und eine Vielfalt von Provinzen zu erstrecken. In den Programmen ging es um so unterschiedliche Produkte wie Agrumen und Cashew-Nüsse, Garnelen und Kautschuk. Die Projektstandorte reichten von Xinjiang im Westen bis Liaoning im Osten, von Jilin im Norden bis zur Insel Hainan im Süden.

Es ist gelungen, die aus dem Nichts zu schaffende Präsenz der EG von Anfang an in verschiedenen Teilen Chinas zu etablieren. Das Programm hat noch dadurch an Bedeutung gewonnen, daß sich in China nur wenige ausländische Geber dem ländlichen Bereich gewidmet haben. Angesichts der riesigen Ausmaße eines Landes wie China konnte die Gesamtwirkung eines solchen Programms nicht anders als gering ausfallen. Es erwies sich für die EU als schwierig, sich mit dieser Strategie der weiten Streuung landesweit zu profilieren. Rein operationell ist es nicht gelungen, das Wissen und die Erfahrung der über das Land verstreuten EU-Expertenteams zu einer Einheit zusammenzufassen. Ein zusätzliches Problem entstand dadurch, daß die institutionellen Partner in einer Zeit der raschen Veränderungen in China zeitweise Mühe haben, ihren langfristigen Verpflichtungen nachzukommen.

Das umfangreichste Einzelprojekt der technischen und finanziellen Hilfe in China war das Projekt zur Entwicklung der Milchwirtschaft. Das Hauptziel des Projekts bestand darin, durch eine Unterstützung der Milchwirtschaft den Ernährungsstandard in China zu verbessern. Zunächst wurden China Milchpulver und Butteroil aus der EG zu lokalen Preisen bereitgestellt. Die Erlöse aus diesem Geschäft flossen sodann in den Aufbau der chinesischen Milchwirtschaft. Sachverständige aus dem gesamten EG-Bereich wurden nach China entsandt, um den Aufbau einer soliden Milchwirtschaft mit Rat und Tat zu unterstützen; so wurde der Viehbestand aufgebaut, und es wurde Ausrüstung für die Steigerung der Milchverarbeitungskapazitäten bereitgestellt. Dieses Projekt war eins der wenigen, mit ausländischem Kapital finanzierten Projekte in einem Kernbereich des ländlichen Sektors in China, und es war zugleich das einzige Projekt der EU, das als landesweites Netz aufgebaut war, und bei dem der Grundsatz der Partizipation verwirklicht wurde. Im Rahmen des Projekts wurde die Milchwirtschaft in 20 städtischen Großgemeinden gefördert und modernisiert und eine auf das gesamte Land bezogene Milchwirtschaftsstrategie entwickelt. Es wurden Strukturen aufgebaut und neue Technologien eingeführt um zu gewährleisten, daß sich der Markt für Milchwirtschaftserzeugnisse und die Produktion dieser Erzeugnisse im Tandem entwickeln können. 1994 wurde für das Projekt eine Interimsphase vereinbart, in die 30 Standorte einbezogen sind; der Schwerpunkt hat sich vom Ausbau der Verarbeitungskapazitäten und der Steigerung der Viehbestände auf die Produktivitätssteigerung in der Milchviehwirtschaft und die Verbesserung der Qualitätssicherung im gesamten Milchwirtschaftssektor verlagert.

Die Kommission hat jetzt eine Durchführbarkeitsstudie zur Prüfung der Möglichkeiten für eine zweite Projektphase in Auftrag gegeben. Es wird dabei geprüft, inwieweit sich durch eine Ausdehnung des Projekts eine Breitenwirkung erzielen läßt, die vom Produktionsbetrieb bis zum Markt reicht, wobei gleichzeitig Schwachstellen wie die Qualitätssicherung, Hygiene und Produktivität in Angriff zu nehmen wären, um so die Nachfrageorientierung der Milchwirtschaft zu verbessern. Mit der kommerziellen Ausrichtung der zweiten Projektphase ließen sich Maßnahmen zur Förderung der EU-Investitionen in die chinesische Milchwirtschaft verbinden.

Die Entfaltung von Projekten auf landesweiter Ebene erfordert selbstverständlich ein größeres Maß an Ressourcen und Infrastruktur. Ein weiteres Konzept, für das man sich immer häufiger entscheidet, besteht in der institutionellen Unterstützung, wobei es darum geht, die Zentrale bei der Entwicklung politischer Konzepte zu unterstützen. Dieser Gedanke lag der Einrichtung des Zentrums für Agrartechnologie China/EG (CECAT) in Beijing zugrunde. Dieses Zentrum dient der Förderung des Technologietransfers zwischen der EG und China; in dieser als zentrale Sammelstelle für Wissen und Know-how gedachten Einrichtung soll zudem eine Konsolidierung der in vielen Jahren der Entwicklungshilfe der EG und anderer Geber gewonnenen Erfahrungen stattfinden. Das CECAT ist bemüht, die Früchte dieser Arbeit durch die Veranstaltung von Seminaren, die Erstellung von gedruckter und audiovisueller Dokumentation und durch Betreuung der im China-Geschäft tätigen europäischen Unternehmen der Agro-Industrie einem möglichst breitem Publikum zugänglich zu machen. Da die derzeitige Arbeitsgrundlage des CECAT auf das nächste Jahr befristet ist, wird geprüft, ob das Zentrum auch noch für eine zweite Phase auf der derzeitigen institutionellen Grundlage weiterarbeiten soll.

Dem Ziel der EU, die in China lebenden Minderheiten zu unterstützen, wurde durch Projekte Rechnung getragen, deren Ergebnisse Minderheiten zugute kommen - eine Methode dabei ist die Auswahl von Standorten und Sektoren mit hohem Minderheitenanteil. So wird beispielsweise derzeit in der Provinz Qinghai ein Viehzuchtprojekt durchgeführt, bei dem der Standort in den Hochweidegebieten liegt, wo die Züchter weitgehend Tibeter sind.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Parallel zum Programm über technische und finanzielle Hilfe wurde in den achtziger Jahren auch ein Programm über wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt. Auch bei diesem Programm stand das Bestreben im Vordergrund, Aktionen auf lokaler Ebene und institutionelle Unterstützung auf der Ebene der Zentralregierung miteinander zu verbinden.

Das wichtigste Projekt auf Betriebsebene war Ende der achtziger Jahre das Programm zur Unterstützung der Modernisierung chinesischer Unternehmen. Dieses Programm stützte sich zur Lösung der besonderen Probleme der im Umbau befindlichen chinesischen Gesellschaften auf erfahrene Berater in der EU. Da es sich jedoch als schwierig erwies, eine Breitenwirkung des Programms im ganzen Land zu erzeugen, verzichtete man auf eine Weiterführung über das Jahr 1989 hinaus. Mehr Erfolg mit der Verstärkung des Unterbaus der chinesischen Wirtschaft brachte der Versuch im Bereich der Ausbildung in Unternehmensführung. Ab 1985 bot das Unternehmensführungsinstitut China-Europa (CEMI) Kurse in Unternehmensführung für chinesische Studenten an, wobei Lehrbeauftragte aus Europa internationale Unternehmensführung unterrichteten. Die Hauptleistung des Instituts war der Aufbau eines MBA-Kurses, den 235 Studenten mit einem Diplom abgeschlossen haben. Mit diesen MBA-Kursen erhielt die Ausbildung in Unternehmensführung in China eine neue Dimension; dieser Kurs mit dem Schwerpunkt internationale Unternehmensführung errang binnen kurzem einen soliden Ruf. Das CEMI widmete sich außerdem der Forschung und brachte Veröffentlichungen und Fallstudien heraus; in den letzten Jahren entwickelte das Institut ein breites Angebot an Managementkursen, die seit 1989 ungefähr 600 Studenten besucht haben. Die unterschiedlichsten Unternehmen, die von Staatsbetrieben bis zu ausländischen Joint-ventures reichten und die mit europäischen Unternehmen eng verbunden waren, waren mit dem CEMI verbunden. Die MBA-Absolventen des CEMI sind inzwischen in einigen der dynamischsten

Sektoren der chinesischen Wirtschaft anzutreffen. Doch das CEMI hatte auch seine Probleme, vor allem aufgrund der unzulänglichen Räumlichkeiten und des Mangels an Unabhängigkeit, was wiederum der Grund dafür ist, daß es nicht in der Lage war, sein Überleben auf lange Sicht sicherzustellen.

1994 traten die Bemühungen der EU um die Entwicklung der Managementausbildung in China in eine neue Phase ein. Während das CEMI seine Arbeit fortsetzte, gewannen die Kommission, die chinesische Regierung sowie die Wirtschaftskreise in China und in der EU nach und nach die Überzeugung, daß die Zeit für einen ernsthafteren Versuch gekommen ist, dem gravierenden Mangel an chinesischen Unternehmensführungskräften mit internationalem Ausbildungsniveau abzuhelpfen. Das Ergebnis ist die China-Europe International Business School (CEIBS), die als voll funktionsfähige Business School 1994 in Shanghai eingerichtet wurde. Die CEIBS baut auf einer Partnerschaft zwischen einem Netz europäischer Handelsakademien und der Jiaotong Universität Shanghai auf und ist die erste "Business School" in China; seit März 1995 bietet sie chinesischen Studenten eine MBA-Ausbildung von internationalem Standard und andere Kurse an.

Ein ständiger Lehrkörper, vor allem aus Handelsakademien der EU rekrutiert, wird in einem eigens für die Zwecke der Schule errichteten Gebäude untergebracht. Die CEIBS besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und wird - obwohl sie eine gemeinnützige Einrichtung ist - ähnlich wie ein Joint-venture-Unternehmen von einem Vorstand geleitet. Das Unterrichtsniveau der Schule wird von einer Gruppe internationaler Hochschullehrer kontrolliert und geschützt, die gemeinsam den Akademischen Rat bilden, und Förderer des Projekts werden über einen Beratenden Rat auf die Entwicklung der Schule Einfluß nehmen. Der enge Kontakt zur Wirtschaft gehört zu den zentralen Anliegen der Schule, und zwar nicht nur aufgrund der Förderrolle der Wirtschaft, sondern auch aus dem Bestreben heraus, ständig über die Relevanz des Unterrichts für die moderne chinesische Wirtschaft zu wachen. Die CEIBS symbolisiert den nun vorherrschenden Willen sicherzustellen, daß die Aktionen sich zu den wirtschaftlichen Realitäten in China stets synchron verhalten, und daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit stets zum Vorteil aller Beteiligten gerät.

In dem Programm war außerdem die Ausbildung von Beamten vorgesehen, ein Bereich, zu dem die EU in ganz besonderer Weise Fachwissen und Unterstützung beisteuern könnte. Ein Beispiel war das Ausbildungsprogramm für chinesische Dolmetscher zur Erleichterung der internationalen Öffnung der verantwortlichen Stellen im chinesischen Außenministerium sowie im Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Da diese Dolmetscher später in ihren jeweiligen Ministerien wichtige Funktionen bei der Entwicklung der Politik übernehmen werden, erhalten sie nunmehr auch eine Ausbildung zu den Hauptthemen der Europäischen Union und des Welthandelssystems. Beinahe 150 Dolmetscher haben inzwischen den Intensivkurs des Gemeinsamen Dolmetscher- und Konferenzdienstes der Kommission durchlaufen. Ein weiteres wichtiges Beispiel bietet das Programm für die Zusammenarbeit im Zollwesen, das darauf abgestellt ist, den Handel mittels einer Modernisierung der chinesischen Zollverwaltung zu erleichtern.

Die Klagen der internationalen Gemeinschaft über den Umgang Chinas mit dem Schutz der Rechte an geistigem Eigentum sind hinlänglich bekannt. Sollen Chinas Bemühungen um einen geeigneten rechtlichen Rahmen für den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum zum Erfolg führen, dann muß die internationale Gemeinschaft entsprechende technische Hilfe leisten. Aufgrund dieser Überlegung brachten die EU und das Europäische Patentamt 1993 in China ein Ausbildungsprogramm zum Thema geistiges und gewerbliches Eigentum auf den Weg. Das Programm umfaßte folgende Ziele: technische Hilfe bei der Anpassung der chinesischen Gesetzgebung an internationale Rechtsnormen, technische Beratung für die mit der Umsetzung der Gesetze befaßten Institutionen, Förderung der Entwicklung einer beruflichen Spezialisierung auf das Sachgebiet geistiges und gewerbliches Eigentum und Weckung des Bewußtseins für die Bedeutung eines wirksamen RGE-Schutzes für die gesunde Entwicklung einer modernen

Volkswirtschaft. Für Beamte, Rechtsanwälte, Richter und Geschäftsleute wurden eine Vielfalt von Kursen und Symposien veranstaltet, und es wurde eine einschlägige Dokumentation bereitgestellt.

Ein weiteres Beispiel bietet das noch nicht abgeschlossene Programm zur Weiterbildung von Wirtschaftsfachleuten aus den für die Durchführung der Wirtschaftsreform in China zuständigen Ministerien. Das Angebot bestand aus einem Einführungskurs über die Lage der Wirtschaft in der EU und in einer Reihe von Seminaren, gefolgt von einem einmonatigen Studienaufenthalt in wichtigen Einrichtungen der Wirtschaft in Europa. Ziel war in diesem Fall, den Wirtschaftsfachleuten Anschauungsunterricht in Sachen gelebte Marktwirtschaft in Europa zu erteilen. Besondere Berücksichtigung in dem Programm finden Themen wie Regionalpolitik und Währungspolitik, die sowohl für China als auch für die EU von besonderem Interesse sind. Außerdem wurden Kurse in den Bereichen Buchhaltung und Finanzmanagement, Zollverwaltung und Zusammenarbeit von statistischen Ämtern organisiert.

Schließlich dienten eine Reihe von Aktivitäten der Förderung von Direktkontakten auf Geschäftsebene, mit dem Ziel, eine geschäftliche Zusammenarbeit von Unternehmen aus China und Europa anzubahnen. Solche Aktivitäten bestanden zur Hauptsache in der Teilnahme an Handelsmessen und in der Veranstaltung von Begegnungen und Seminaren, an denen auch Unternehmer teilnahmen, die zuvor miteinander in Verbindung gesetzt wurden. Einen wichtigen Platz nahmen Aktionen ein, die sich an die mittelständische Wirtschaft richteten. Europäische Unternehmen zeigen außerdem zunehmendes Interesse an den Möglichkeiten für die Gründung von Joint-ventures in China, wie sie die EG-Investmentpartner(ECIP)-Fazilität bietet; im Rahmen dieser Fazilität werden europäischen Firmen Zuschüsse und Darlehen als Anreiz bereitgestellt, in mehreren Ländern Asiens - China eingeschlossen - Joint-ventures zu gründen. Mehr als 100 Gesellschaften bzw. Vereinigungen mit Joint-venture-Absichten in China haben die Fazilität bereits in Anspruch genommen, womit China als das gegenwärtig unter ECIP-Aspiranten beliebteste Land ausgewiesen ist.

Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik

Die Anfänge der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und China gehen auf das Jahr 1984 zurück. Einige Jahre lang standen bei dem Kooperationsprogramm kurzfristige Aktivitäten wie Seminare und Lehrgänge im Vordergrund. Seit einigen Jahren hat sich der Schwerpunkt jedoch auf die Durchführung von gemeinsamen Forschungsaktivitäten in Bereichen von beiderseitigem Interesse verlagert, an denen Forschungsinstitute beteiligt sind und bei denen der wissenschaftliche Gewinn erheblich ist. Mit der Finanzierung von mehr als 70 gemeinsamen Forschungsprojekten wurde eine solide Basis für die Zusammenarbeit angelegt; Bereiche der Forschung waren angewandte Biotechnologie (Landwirtschaft und Medizin), Gesundheit, Thernonuklearfusion sowie Umweltwissenschaften (Klimawandel, Erdbeobachtung und -kontrolle). Außerdem wurde in China eine Reihe von wissenschaftlichen Workshops zu diesen Themen veranstaltet. Mehr als 150 junge chinesische Wissenschaftler erhielten Stipendien für Forschungsaufenthalte an mehreren europäischen Instituten und Forschungslabors. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Biotechnologie - einem der Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit mit China - wird vom **Biotechnologischen Zentrum EG-China** koordiniert, das 1991 infolge einer gemeinsamen Initiative als Informationsbüro und Zentrale für den wissenschaftlichen Austausch EU-China eingerichtet wurde.

Das Vierte Rahmenprogramm (1994-98) eröffnet mit der Förderung der Innovationsforschung, der Mobilisierung zusätzlicher Fachkräfte, der HR-Entwicklung, der Weiterbildung von Nachwuchsforschern und der allgemeinen Förderung eines Umfelds, in dem Forschung gedeihen kann, neue Möglichkeiten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit China.

Sonstige Bereiche der Zusammenarbeit

Zusammenarbeit existiert in für die EU-Wirtschaft relevanten Sektoren. So wurde die industrielle Zusammenarbeit in einer Reihe von technologisch wichtigen Gebieten entwickelt, wozu Projekte in der Industrie durchgeführt (Beispiel: computergesteuerte Fertigungsverfahren), die Verwendung europäischer Standards und der Einsatz europäischer Produkte (Beispiel: Software) gefördert und Forschungszusammenarbeit im Umfeld der Industrie eingeleitet wurden. Von Bedeutung ist ferner das Kooperationsprogramm im Telekommunikationssektor, das in enger Zusammenarbeit mit der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie, dem Ministerium für das Post- und Telekommunikationswesen, dem Ministerium für Elektronik und Industrie und mit dem Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen projektiert und auf den Weg gebracht wurde; Teil des Programms ist die organisatorische Verstärkung des hauseigenen Informationsnetzes der staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie. Ferner beinhaltet das Programm zwei großkalibrige Langzeitinitiativen in Sektoren der Hochtechnologie; im einzelnen geht es um die Einführung der Globalnorm für Mobilfunk und die Entwicklung der digitalen Hör- und Fernsehfunkechnologie. Zusammenarbeit im Energiebereich gibt es seit 1981; eins der Anliegen dieser Zusammenarbeit bestand in der Förderung der Entwicklung energiepolitischer Strategien in China; daneben wurde die Entwicklung von Energieressourcen und die Ausbildung in EU-bewährten Techniken unterstützt. In all den genannten Fällen hat sich der Transfer von europäischer Technologie und europäischem Know-how - Einsatz europäischer Produkte und damit verbunden die allmähliche Markteinführung dieser Produkte in China - als durch und durch vorteilhaft für beide Seiten erwiesen.

Die Zusammenarbeit blieb jedoch nicht nur auf wirtschaftsrelevante Gebiete beschränkt. Im Anschluß an einen ersten Kontakt im Jahr 1986 wurde ein kleindimensioniertes Programm für den Hochschulbereich auf die Beine gestellt. Die Basis dafür bot ein noch nicht recht flügge gewordenes Netz von Instituten für Europastudien (Chinesische Gesellschaft für Europastudien), mit dessen Aufbau bereits an chinesischen Hochschulen begonnen worden war. Sieben dieser Institute haben sich inzwischen zu Zentren für Europadokumentation entwickelt. Das Jahresprogramm umfaßt einerseits einen Sommerkurs, bei dem Lehrbeauftragte aus Europa vor chinesischen Studenten europakundliche Vorträge halten, und andererseits umfaßt es eine Reihe von Stipendien für chinesische Studenten, die eine Promotion vorbereiten. 1994 wurde zudem im Rahmen des weltumspannenden EU-Programms zur Bekämpfung von AIDS/HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten eine Initiative gestartet, mit der die chinesische Regierung in ihren Anstrengungen unterstützt werden soll, die zur Bekämpfung dieser Krankheiten erforderliche administrative und medizinische Infrastruktur aufzubauen.

ISSN 0256-2383

KOM(95) 279 endg.

DOKUMENTE

DE

11

Katalognummer : CB-CO-95-315-DE-C

ISBN 92-77-90879-3

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

L-2985 Luxemburg